

Absender:

**Böttcher, Helge / Frakt. B90/Grüne im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 4.1
19-11340
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Naturdenkmäler im öffentlichen Raum sichtbarer machen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

30.07.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Entscheidung)

13.08.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten dem Bezirksrat geeignete Maßnahmen vorzuschlagen um Naturdenkmäler im öffentlichen Raum sichtbarer zu machen (zum Beispiel durch das Anbringen von Hinweisschildern). Die Kosten für die entsprechenden Maßnahmen sollen ebenfalls mit angegeben werden.

Sachverhalt:

Naturdenkmäler sind besondere Landschaftselemente, die wegen ihrer Bedeutung für Wissenschaft, Natur- oder Heimatkunde oder wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit unter Naturschutz gestellt wurden. In Braunschweig sind aktuell 28 Naturdenkmäler ausgewiesen. 5 davon befinden sich in der Braunschweiger Innenstadt. Dazu gehören

- ND-BS3 Sumpfyypresse am Löwenwall
- ND-BS5 Platane am Lessingplatz
- ND-BS7 Friedrich-Wilhelm-Eiche am Petritorwall
- ND-BS8 Pyramideneiche am Wendentor
- ND-BS12 Fächerblattbaum am Wollmarkt

Diese Naturdenkmäler sind in der Öffentlichkeit jedoch kaum bekannt und auch äußerlich nicht als Naturdenkmäler erkennbar. Dies ließe sich zum Beispiel durch das Anbringen entsprechender Hinweisschilder ändern.

gez. Helge Böttcher

Weitere Infos:

http://www.braunschweig.de/leben/umwelt_naturschutz/natur/natur_landschaft_schutz/naturdenkmal.html

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Naturdenkmale_in_Braunschweig

Anlagen:

keine

Absender:

Martin Bonneberg

TOP 4.2

19-11353

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Sicherung des Radverkehrs auf der Sonnenstraße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

02.08.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt ()

13.08.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Auf der Sonnenstraße beginnend an der Güldenstraße bis einschließlich Brücke Hohe Tor werden in beiden Richtungen Hinweise geschaffen, z. B. Schilder oder Fahrbahnmarkierungen, die deutlich machen, dass Radfahrer und Radfahrerinnen auf der Straßen fahren (dürfen).

Sachverhalt:

Die Fahrradwege auf beiden Seiten der Sonnenstraße ab der bzw. bis zur Güldenstraße sind seit Jahren nicht mehr benutzungspflichtig. Der Zustand der Radwege ist schlecht. Stadtauswärts ist zudem das Parken für Autos auf dem Bürgersteig und dem Radweg freigegeben, so dass auf dieser Seite bestenfalls ein „halber“ Radweg zur Verfügung steht. Viele Radfahrer und Radfahrerinnen nutzen den Radweg dennoch, weil es immer wieder zu Konflikten mit Autofahrerinnen und Autofahrern, aber auch mit dem ÖPNV auf der Fahrbahn kommt, da besonders die Kennzeichnung an der Kreuzung äußerst missverständlich ist und auch nach der Brücke Hohe Tor eine Radfahreinfaßelspur (neuerdings auch mit Piktogramm) suggeriert, dass der Radweg benutzungspflichtig sei. Eine ähnliche Konfliktlage gab es auch auf der Kastanienallee. Dort wurde diese durch eine entsprechende Beschilderung entschärft.

Hinweis:

Im Stadtbezirksrat 310 steht ein gleichlautender Antrag zur Sitzung am 24.09.2019 auf der Tagesordnung, Antragstellerin ist die Fraktion Die Linke.

gez.

Martin Bonneberg

Anlage/n:

keine

Absender:

**Böttcher, Helge / Frakt. B90/Grüne im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 4.3
19-11339
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Tempo 30 in der westlichen Innenstadt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

30.07.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Entscheidung)

13.08.2019

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:
Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird gebeten eine Tempo-30-Zone in der Innenstadt einzurichten. Der Bereich soll die Straßen Echternstraße, Wilhelmitorwall, Pawelstraße, H.-Mack-Straße und Ferdinandstraße umfassen.

Sachverhalt:

Zur Erhöhung der Sicherheit auf den genannten Straßen, unter anderem für die Schülerinnen und Schüler des Martino Katharineums in der Echternstraße, soll dieses Gebiet zur Tempo-30-Zone umgewandelt werden.

gez. Helge Böttcher

Anlagen:

keine

Betreff:

**Bebauungsplan "Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt", IN 251, 1. Änderung des IN 250, Stadtgebiet innerhalb des Wallrings
Auslegungsbeschluss**

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

26.06.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof
(Anhörung)
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

13.08.2019
28.08.2019
04.09.2019
10.09.2019

Status

Ö
Ö
Ö
N

Beschluss:

„Dem Entwurf des Bebauungsplanes „Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt“, IN 251, 1. Änderung des IN 250 sowie der Begründung wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Verwaltungsausschusses ergibt sich aus § 76 (2) S. 1 NKomVG. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Entscheidung über die Auslegung von Bauleitplänen um eine Angelegenheit, über die weder der Rat oder die Stadtbezirksräte zu beschließen haben noch der Hauptverwaltungsbeamte zuständig ist. Daher besteht eine Beschlusszuständigkeit des Verwaltungsausschusses. Diese wurde auch nicht auf einen Ausschuss gemäß § 6 Hauptsatzung übertragen. Daher bleibt es bei der Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses.

Aufstellungsbeschluss und Planungsziel

Im Zusammenhang mit einem laufenden Klageverfahren, in dem die Klägerin die Erteilung einer Baugenehmigung für ein Wettbüro im Friedrich-Wilhelm-Viertel begehrt, ist festgestellt worden, dass der rechtskräftige Bebauungsplan zur Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt, IN 250, den Ausschluss von Spielhallen und Wettbüros nicht eindeutig genug regelt.

Zwar ist in der Begründung des IN 250 ausgeführt, dass sich die ausnahmsweise Zulässigkeit von Spielhallen und Wettbüros nur auf die in der Planzeichnung dargestellten Bereiche beschränkt, in den textlichen Festsetzungen des IN 250 wird aber der Ausschluss von Spielhallen und Wettbüros außerhalb der in der Planzeichnung gekennzeichneten Bereiche nicht zweifelsfrei geregelt.

Ziel der Bebauungsplan-Änderung ist es daher, klarstellende Festsetzungen aufzunehmen. Es soll ergänzt werden, dass außerhalb der in der Planzeichnung gekennzeichneten Bereiche Spielhallen und Wettbüros unzulässig sind. Klargestellt werden soll ferner, dass in den festgesetzten Kerngebieten der rechtskräftigen Bebauungspläne IN 46 und IN 142 kerngebietstypische Spielhallen und Wettbüros unzulässig sind. Darüber hinaus soll ergänzt werden, dass bei der Aufhebung rechtskräftiger Bebauungspläne die Festsetzungen des IN 250 weiterhin ihre Gültigkeit behalten.

Mit der Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes, IN 250, soll im Hinblick auf die anhängige Verpflichtungsklage des Wettbürobetreibers und auch im Hinblick auf mögliche andere entsprechende Baugenehmigungsverfahren im Bereich der Innenstadt eine klare planungsrechtliche Grundlage für die Genehmigungspraxis geschaffen werden, damit das vom Rat im Jahre 2012 beschlossene „Steuerungskonzept Vergnügungsstätten“ ohne rechtliche Risiken umgesetzt werden kann.

Förmliche Aufstellungsbeschlüsse sind für Bebauungsplanverfahren vom Gesetzgeber nicht vorgeschrieben, so dass in diesem konkreten Fall darauf verzichtet werden soll.

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Bebauungsplan-Änderung dient der Klarstellung. Mit der geplanten Ergänzung der textlichen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes, IN 250, werden die Grundzüge der Planung nicht berührt. Damit sind die Voraussetzungen für die Durchführung eines vereinfachten Bebauungsplan-Verfahrens nach § 13 BauGB erfüllt. Von der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB sowie der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit und Erörterung gemäß § 3 (1) BauGB wird abgesehen.

Die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB soll gemäß § 4 a (2) BauGB gemeinsam mit der Auslegung nach § 3 (2) BauGB durchgeführt werden. Die Stellungnahmen der Behörden und der Öffentlichkeit werden der Vorlage zum Satzungsbeschluss beigelegt und dabei mit einer Stellungnahme der Verwaltung sowie einem Beschlussvorschlag versehen.

Empfehlung

Die Verwaltung empfiehlt die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes „Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt“, IN 251, 1. Änderung des IN 250.

Leuer

Anlage/n:

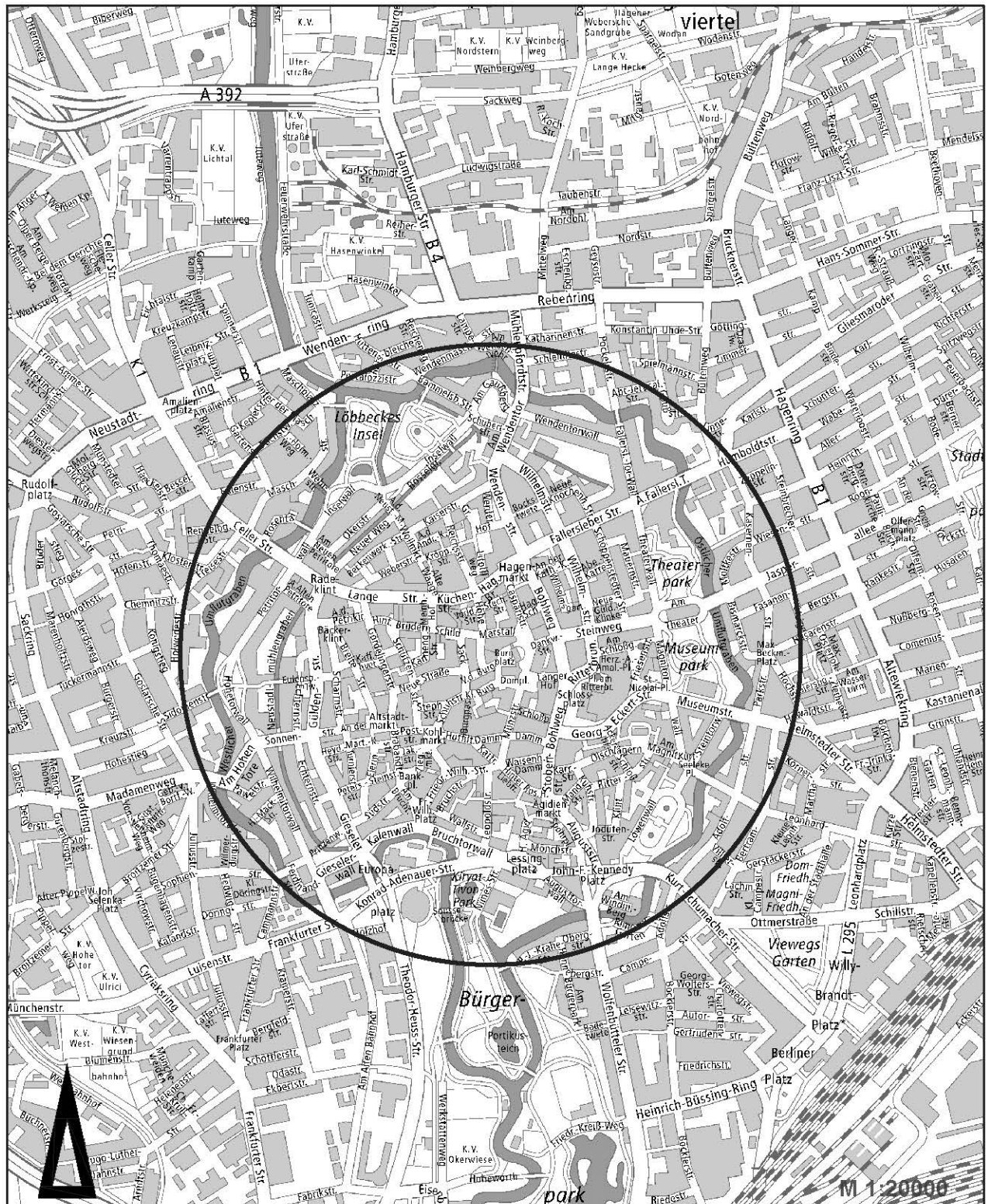
- Anlage 1: Übersichtskarte
- Anlage 2: Geltungsbereich, entspricht den zeichnerischen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes, IN 250
- Anlage 3: Planzeichenerklärung des IN 250
- Anlage 4: Textliche Festsetzungen und Hinweise des IN 250
- Anlage 5: Textliche Festsetzungen und Hinweise des IN 251
- Anlage 6: Begründung für den IN 251

Bebauungsplan

Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt, 1. Änderung des IN 250

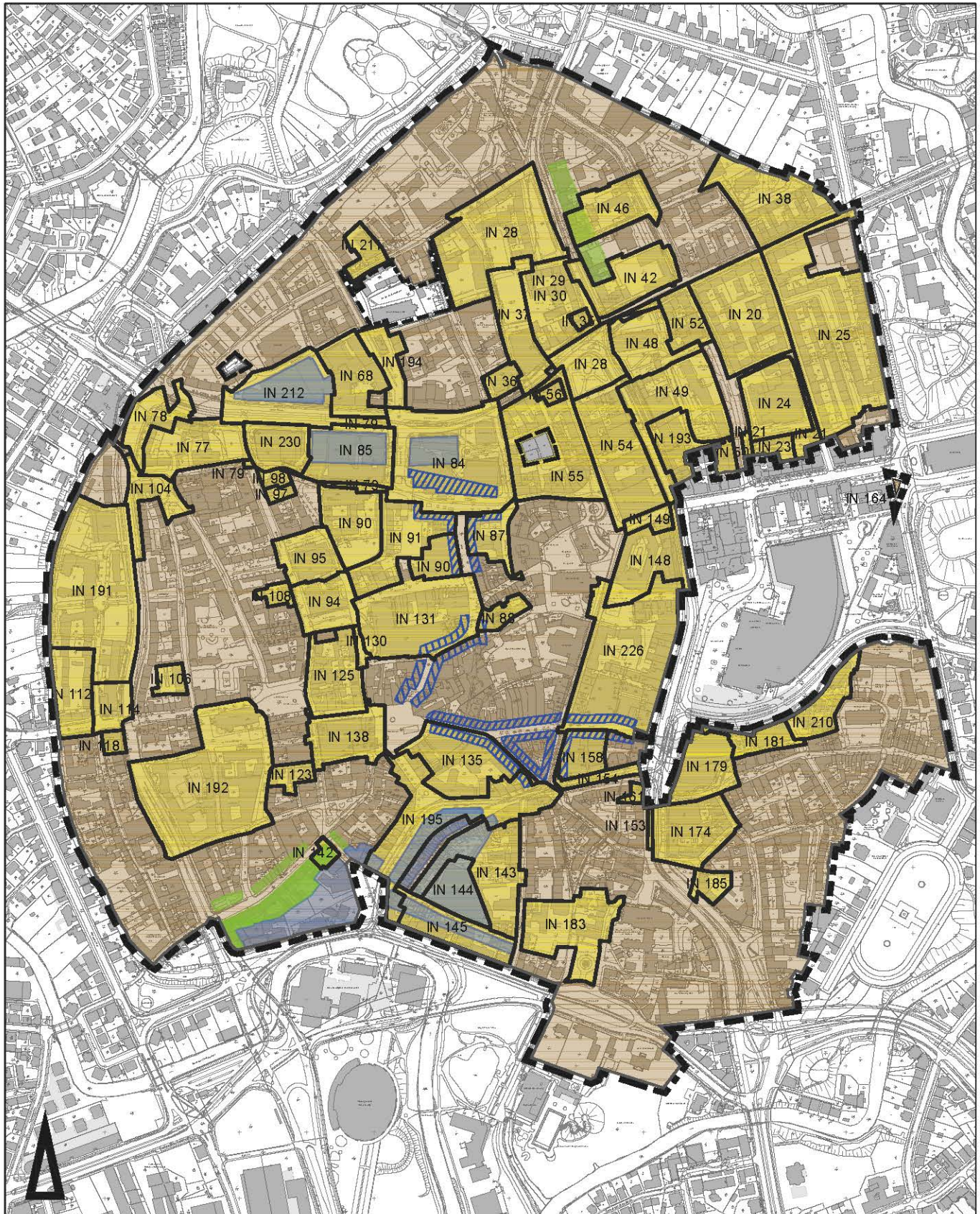
IN 251

Übersichtskarte



Bebauungsplan
Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt
Zeichnerische Festsetzungen

IN 250



Bebauungsplan
Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt
 Planzeichenerklärung

IN 250

**Festsetzungen zur
 Art der baulichen Nutzung**



Folgende Unterarten von Vergnügungsstätten sind nur ausnahmsweise zulässig:
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.
 (vergl. textliche Festsetzungen I.4, I.5, I.8, II.2)



Folgende Unterarten von Vergnügungsstätten sind im Erdgeschoss und oberhalb des ersten Obergeschosses unzulässig:
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.
 (vergl. textliche Festsetzungen I.6, I.11, II.3)



Es sind nur folgende Unterarten von Vergnügungsstätten ausnahmsweise zulässig:
 - nicht kerngebietstypische Spielhallen
 - nicht kerngebietstypische Wettbüros.
 (vergl. textliche Festsetzungen I.7, II.4)

Sonstige Festsetzungen



Geltungsbereichsgrenze

Hinweise



Bereich A = Bereich der rechtskräftigen Bebauungspläne im Sinne des § 30 Abs. 1 BauGB.



Bereich B = unbeplanter Innenbereich im Sinne von § 34 BauGB sowie Bereich einfacher Bebauungspläne im Sinne des § 30 Abs. 3 BauGB.

IN 20

Nummer der rechtskräftigen Bebauungspläne.

Bestandsangaben



Bestandsgebäude



Flurstücksgrenze



Böschung

Bebauungsplan

Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt

IN 250

Textliche Festsetzungen und Hinweise

Städtebau

gemäß § 1 a und § 9 BauGB

- Der vorliegende Bebauungsplan IN 250 trifft allein für Spielhallen, Freizeitcenter und Wettbüros als Unterarten von Vergnügungsstätten Festsetzungen. Alle übrigen Unterarten von Vergnügungsstätten sind hiervon nicht berührt.

Definitionen

- Spielhallen im Sinne der folgenden Festsetzungen sind Betriebe, in denen überwiegend oder ausschließlich Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit in Geld oder Waren aufgestellt und/ oder überwiegend oder ausschließlich andere Spiele im Sinne des § 33 d Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.02.1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.11.2016 (BGBl. I S. 2500) m. W. v. 01.01.2017, veranstaltet werden.
- Freizeitcenter im Sinne der folgenden Festsetzungen sind Betriebe, in denen ausschließlich ein Angebot an Unterhaltungsspielgeräten ohne Gewinnmöglichkeit besteht.
- Wettbüros im Sinne der folgenden Festsetzungen sind Ladenlokale, in denen Wetten auf bestimmte (Sport-) Ergebnisse abgeschlossen werden, Angebote zur Wettverfolgung gegeben sind sowie Angebote zum Verweilen bestehen.
- Kerngebietstypische Vergnügungsstätten im Sinne der folgenden Festsetzungen sind Vergnügungsstätten, die wegen ihrer Zweckbestimmung oder ihres Umfangs gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO nur in Kerngebieten allgemein zulässig sind.
- Nicht kerngebietstypische Vergnügungsstätten im Sinne der folgenden Festsetzungen sind Vergnügungsstätten, die gemäß § 4 a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO auch in Besonderen Wohngebieten und gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 8 BauNVO in durch gewerbliche Nutzungen geprägten Bereichen von Mischgebieten zulässig sind.

I. Bereich A

- Die Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung der rechtskräftigen Bebauungspläne

IN 20	IN 21	IN 23	IN 24	IN 25
IN 28	IN 29	IN 30	IN 35	IN 36
IN 37	IN 38	IN 42	IN 46	IN 48
IN 49	IN 50	IN 52	IN 54	IN 55
IN 56	IN 68	IN 77	IN 78	IN 79
IN 84	IN 85	IN 87	IN 88	IN 90
IN 91	IN 94	IN 95	IN 97	IN 98
IN 104	IN 106	IN 108	IN 112	IN 114
IN 118	IN 123	IN 125	IN 130	IN 131
IN 135	IN 138	IN 142	IN 143	IN 144
IN 145	IN 148	IN 149	IN 153	IN 154
IN 158	IN 161	IN 164	IN 174	IN 179
IN 181	IN 183	IN 185	IN 191	IN 192
IN 193	IN 194	IN 195	IN 210	IN 211
IN 212	IN 226	IN 230		

gelten fort, soweit durch diesen Bebauungsplan keine anderslautenden Festsetzungen getroffen werden.

- In den Kerngebieten und Gebieten gewerblicher Nutzung der rechtskräftigen Bebauungspläne

IN 20	IN 21	IN 23	IN 25	IN 28
IN 29	IN 30	IN 35	IN 36	IN 37
IN 38	IN 42	IN 48	IN 49	IN 50
IN 54	IN 55	IN 56	IN 68	IN 77
IN 78	IN 79	IN 94	IN 95	IN 98
IN 108	IN 114	IN 123	IN 125	IN 130
IN 138	IN 148	IN 149	IN 153	IN 161
IN 164	IN 174	IN 179	IN 181	IN 183
IN 185	IN 191	IN 192	IN 193	IN 210
IN 230				

sind folgende Unterarten von Vergnügungsstätten unzulässig:

- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.

- Im rechtskräftigen Bebauungsplan IN 24, in dem Anlagen für den ruhenden Verkehr und besondere privatwirtschaftliche Zwecke festgesetzt sind, sind folgende Unterarten von Vergnügungsstätten unzulässig:

- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.
4. Im Kerngebiet des rechtskräftigen Bebauungsplanes IN 144 sind folgende Unterarten von Vergnügungsstätten nur ausnahmsweise zulässig:
- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.
5. In den in der Planzeichnung gekennzeichneten Teilbereichen der Kerngebiete der rechtskräftigen Bebauungspläne

IN 84	IN 85	IN 143	IN 145	IN 195
-------	-------	--------	--------	--------

sind folgende Unterarten von Vergnügungsstätten nur ausnahmsweise zulässig:

- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.
6. In den in der Planzeichnung gekennzeichneten Teilbereichen der Kerngebiete und in den gekennzeichneten Teilbereichen der Gebiete gewerblicher Nutzung der rechtskräftigen Bebauungspläne

IN 84	IN 87	IN 88	IN 90	IN 91
IN 131	IN 135	IN 154	IN 158	IN 195
IN 226				

sind folgende Unterarten von Vergnügungsstätten im Erdgeschoss und oberhalb des ersten Obergeschosses unzulässig:

- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.
7. In den Kerngebieten der rechtskräftigen Bebauungspläne IN 46 und IN 142 sind nur folgende Unterarten von Vergnügungsstätten im Sinne des § 4 a Abs. 3 Nr.2 BauNVO ausnahmsweise zulässig:
- nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - nicht kerngebietstypische Wettbüros.
8. Im Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Multiplexkino des rechtskräftigen Bebauungsplanes IN 212 sind folgende Unterarten von Vergnügungsstätten nur ausnahmsweise zulässig:
- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.

9. Freizeitcenter sind in allen rechtskräftig festgesetzten Kerngebieten des Bereiches A nur ausnahmsweise zulässig.
10. In den Mischgebieten der rechtskräftigen Bebauungspläne

IN 20	IN 21	IN 25	IN 28	IN 29
IN 30	IN 38	IN 52	IN 54	IN 55
IN 97	IN 104	IN 106	IN 112	IN 118
IN 123	IN 125	IN 135	IN 138	IN 153
IN 174	IN 194	IN 211		

sind folgende Unterarten von Vergnügungsstätten unzulässig:

- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.
11. In den in der Planzeichnung gekennzeichneten Teilbereichen der Mischgebiete der rechtskräftigen Bebauungspläne

IN 90	IN 91	IN 153	IN 154	
-------	-------	--------	--------	--

sind folgende Unterarten von Vergnügungsstätten im Erdgeschoss und oberhalb des ersten Obergeschosses unzulässig:

- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.

II. Bereich B

1. Im Bereich B sind gemäß § 9 Abs. 2b BauGB mit Ausnahme der in der Planzeichnung gekennzeichneten Bereiche folgende Unterarten von Vergnügungsstätten unzulässig:
- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.
2. Für die in der Planzeichnung gekennzeichneten Bereiche sind folgende Unterarten von Vergnügungsstätten nur ausnahmsweise zulässig:
- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.
3. Für die in der Planzeichnung gekennzeichneten Bereiche sind folgende Unterarten von Vergnügungsstätten im Erdgeschoss und oberhalb des ersten Obergeschosses unzulässig:
- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Spielhallen,

- kerngebietstypische und nicht kerngebietstypische Wettbüros.
4. Für die in der Planzeichnung gekennzeichneten Bereiche sind nur folgende Unterarten von Vergnügungsstätten im Sinne des § 4 a Abs. 3 Nr.2 BauNVO ausnahmsweise zulässig:
- nicht kerngebietstypische Spielhallen,
 - nicht kerngebietstypische Wettbüros.
5. Im Bereich B sind Freizeitcenter nur in den Gebieten ausnahmsweise zulässig, die denen eines Kerngebietes im Sinne des § 7 BauNVO entsprechen.

Hinweise

1. Im Geltungsbereich befindet sich eine Vielzahl eingetragener Baudenkmale. Veränderungen an Baudenkmalen bedürfen nach § 10 NDSchG einer Genehmigung der Denkmalschutzbehörde. Dies gilt auch für die Nutzungsänderung, für Werbeanlagen oder für das Aufbringen von Beschriftungen. Die Errichtung, Änderung oder Beseitigung von Anlagen in der Umgebung eines Baudenkmals, die das Erscheinungsbild des Denkmals beeinflussen, bedürfen einer Genehmigung der Denkmalschutzbehörde.

Bebauungsplan

Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt,

1. Änderung des IN 250

IN 251

Textliche Festsetzungen und Hinweise

gemäß § 1 a und § 9 BauGB

1. Die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes, IN 250, gelten fort, soweit im Folgenden keine anderslautenden Festsetzungen getroffen werden.

2. Die Definition Ziff. 5 wird wie folgt gefasst:

Nicht kerngebietstypische Vergnügungsstätten im Sinne der folgenden Festsetzungen sind Vergnügungsstätten, die gemäß § 4 a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO ausnahmsweise in Besonderen Wohngebieten, gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 8 BauNVO in durch gewerbliche Nutzungen geprägten Bereichen von Mischgebieten und gemäß § 6 a Abs. 3 Nr. 1 BauNVO ausnahmsweise in Urbanen Gebieten zulässig sind.

3. Die Festsetzung Ziff. I.1 wird wie folgt ergänzt:

Werden Bebauungspläne aufgehoben, gelten die Festsetzungen des IN 250 zu Spielhallen, Wettbüros und Freizeitcentern fort.

4. Die Festsetzungen Ziff. I. 5, I.6 und I.11 werden jeweils wie folgt ergänzt:

Außerhalb der in der Planzeichnung gekennzeichneten Bereiche sind die genannten Unterarten von Vergnügungsstätten unzulässig.

5. Die Festsetzung Ziff. I. 7 wird wie folgt ergänzt:

Kerngebietstypische Spielhallen und kerngebietstypische Wettbüros sind dort unzulässig.

6. Die Festsetzung Ziff. I. 9 wird wie folgt geändert:

Freizeitcenter sind nur in allen rechtskräftig festgesetzten Kerngebieten des Bereiches A und dort nur ausnahmsweise zulässig.

7. Die Festsetzung Ziff. II. 5 wird wie folgt geändert:

Freizeitcenter sind nur in Gebieten des Bereiches B, die denen eines Kerngebietes im Sinne des § 7 BauNVO entsprechen und dort nur ausnahmsweise zulässig.

Bebauungsplan

Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt,

1. Änderung des IN 250

IN 251

Begründung

Inhaltsverzeichnis:

1	Rechtsgrundlagen	2
2	Bisherige Rechtsverhältnisse	2
3	Anlass und Ziel des Bebauungsplanes	3
4	Umweltbelange	4
5	Begründung der Festsetzungen	4
6	Gesamtabwägung	5
7	Zusammenstellung wesentlicher Daten	6
8	Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes	6
9	Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll	6
10	Außer Kraft tretende Bebauungspläne, Beseitigung des Rechtsscheines unwirksamer Pläne	6

1 Rechtsgrundlagen

- Stand: **10.04.2019** -

- 1.1 Baugesetzbuch (BauGB)
in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634)
- 1.2 Baunutzungsverordnung (BauNVO)
in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
- 1.3 Planzeichenverordnung (PlanZV)
in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)
- 1.4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771)
- 1.5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434)
- 1.6 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 2017 (BGBl. I S. 3370)
- 1.7 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGB-NatSchG)
in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104)
- 1.8 Niedersächsische Bauordnung (NBauO)
in der Fassung vom 3. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. September 2018 (Nds. GVBl. S. 190, 253)
- 1.9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)
in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. März 2019 (Nds. GVBl. S. 70)

2 Bisherige Rechtsverhältnisse

2.1 Regional- und Landesplanung

Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen von 2017 und im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) 2008 für den Großraum Braunschweig ist Braunschweig im oberzentralen Verbund mit Wolfsburg und Salzgitter als Oberzentrum verbindlich festgelegt. Dem oberzentralen Verbund sind die Schwerpunktaufgaben „Sicherung und Entwicklung von Wohn- und Arbeitsstätten“ zugewiesen.

Nach dem Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) sollen Siedlungsentwicklungen schwerpunktmäßig in Oberzentren stattfinden. Im Großraum Braunschweig sollen diese vorrangig auf zentralörtlichen Standorten, die über Zugangsstellen des schienengebundenen ÖPNV bzw. von Regio-Buslinien verfügen, konzentriert werden. Im Einzugsbereich der Haltepunkte soll durch verdichtete Bau- und Wohnformen eine höhere Siedlungsdichte erreicht werden.

Der Geltungsbereich dieser Bebauungsplan-Änderung wird im RROP 2008 nachrichtlich als vorhandener Siedlungsbereich, der bauleitplanerisch gesichert ist, gekennzeichnet.

2.2 Flächennutzungsplan

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplans gilt der Flächennutzungsplan der Stadt Braunschweig in der Form der Neubekanntmachung vom 6. Oktober 2005. Er stellt in seiner derzeit geltenden Fassung für das Plangebiet gemischte Bauflächen und in einigen wenigen Bereichen Wohnbauflächen dar.

Die vorliegende Bebauungsplan-Änderung dient der planungsrechtlichen Umsetzung des Steuerungskonzeptes „Vergnügungsstätten“ in der Innenstadt. Mit ihren die Nutzungsvielfalt der Innenstadt stärkenden und das Wohnen schützenden Festsetzungen kann sie im Sinne des § 8 Abs. 2 BauGB als aus dem Flächennutzungsplan entwickelt angesehen werden.

2.3 Bebauungspläne

Die vorliegende Bebauungsplan-Änderung gilt für den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes, IN 250. Der rechtskräftige Bebauungsplan wird durch diese Änderung klarstellend ergänzt.

Der IN 250 wurde als einfacher Bebauungsplan im Sinne des § 30 Abs. 3 BauGB aufgestellt, da nur die Art der baulichen Nutzung und hiervon wiederum nur bestimmte Unterarten von Vergnügungsstätten geregelt worden sind.

3 Anlass und Ziel des Bebauungsplanes

Im Zusammenhang mit einem laufenden Klageverfahren, in dem es um die Erteilung einer Baugenehmigung für ein Wettbüro im Friedrich-Wilhelm-Viertel geht, ist festgestellt worden, dass die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes zur

Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt, IN 250, hinsichtlich des Ausschlusses von Spielhallen, Wettbüros und Freizeitcentern ohne Hinzuziehung der Begründung missverständlich sind.

Zwar ist in der Begründung des IN 250 ausgeführt, dass sich die ausnahmsweise Zulässigkeit von Spielhallen und Wettbüros nur auf die in der Planzeichnung dargestellten bzw. in den textlichen Festsetzungen festgelegten Bereiche beschränkt und außerhalb dieser Bereiche die genannten Vergnügungsstätten unzulässig sind. In den textlichen Festsetzungen des IN 250 kommt dies aber nicht eindeutig zum Ausdruck.

Ziel der Bebauungsplan- Änderung ist es daher, klarstellende Festsetzungen aufzunehmen. Es soll ergänzt werden, dass Spielhallen und Wettbüros außerhalb der Bereiche, in denen sie ausnahmsweise zulässig sind, unzulässig sind. Weiterhin soll klarstellend geregelt werden, dass Freizeitcenter nur in Kerngebieten ausnahmsweise zulässig sind und in allen anderen Baugebieten nicht. Darüber hinaus soll ergänzt werden, dass bei der Aufhebung rechtskräftiger Bebauungspläne die Festsetzungen des IN 250 weiterhin ihre Gültigkeit behalten.

Mit der Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes, IN 250, soll im Hinblick auf das anhängige Gerichtsverfahren und auch im Hinblick auf künftige andere Fälle in Bereichen der Braunschweiger Innenstadt eine klare planungsrechtliche Grundlage für die Genehmigungspraxis geschaffen werden, um das vom Rat im Jahre 2012 beschlossene „Steuerungskonzept Vergnügungsstätten“ planungsrechtlich vollständig umsetzen zu können.

4 Umweltbelange

Mit der vorliegenden Bebauungsplan- Änderung soll in Ergänzung zu den bestehenden Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes, IN 250, lediglich die Art der baulichen Nutzung in der Innenstadt geregelt werden. Der Regelungsinhalt beschränkt sich auf den grundsätzlichen Ausschluss von Spielhallen und Wettbüros. Die Bebauungsplan- Änderung bereitet keine baulichen Entwicklungen vor, die Auswirkungen auf die Umwelt hätten. Aus der Planung ergeben sich daher weder negative Auswirkungen auf einzelne Umweltbelange noch Eingriffe in Natur und Landschaft.

5 Begründung der Festsetzungen

Die vorliegende Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes, IN 250, betrifft im Wesentlichen die in diesem Bebauungsplan für den Bereich A getroffenen Festsetzungen. Der Bereich A umfasst die rechtskräftigen Bebauungspläne in der Innenstadt, die im Sinne des § 30 Abs.1 BauGB als qualifiziert gelten. Es handelt sich also um Bebauungspläne, die mindestens Festsetzungen zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung, zu den überbaubaren Grundstücksflächen und den örtlichen Verkehrsflächen enthalten.

Im Bereich B, der den unbeplanten Innenbereich sowie die Bereiche einfacher Bebauungspläne im Sinne des § 30 Abs. 3 BauGB umfasst und in dem die Zulässigkeit von Vorhaben hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung nach § 34 BauGB geregelt

wird, ist der Ausschluss von Spielhallen und Wettbüros in der Festsetzung Ziffer II.1 des IN 250 klar geregelt. Hier heißt es, dass mit Ausnahme der in der Planzeichnung gekennzeichneten Bereiche Spielhallen und Wettbüros gemäß § 9 Abs. 2b BauGB unzulässig sind.

Für den Bereich A hingegen fehlt eine derart klare Festsetzung. Eine solche ist jedoch geboten, weil gem. Ziff. I.1 die Festsetzungen der rechtskräftigen Bebauungspläne zur Art der Nutzung fortgelten, soweit in dem IN 250 keine anderslautenden Festsetzungen getroffen werden.

Aus diesem Grund sollen die Festsetzungen für den Bereich A Ziff. I.5, I.6 und I.11 des IN 250 klarstellend dahingehend ergänzt werden, dass außerhalb der in der Planzeichnung gekennzeichneten Bereiche Spielhallen und Wettbüros unzulässig sind. In Ziff. I.7 wird für die Bebauungspläne IN 46 und IN 142 klargestellt, dass kerngebietstypische Spielhallen und Wettbüros in den dortigen Kerngebieten unzulässig sind.

Diese Festsetzungen entsprechen dem „Steuerungskonzept Vergnügungsstätten“, wonach sich die ausnahmsweise Zulässigkeit von Spielhallen und Wettbüros nur auf einige wenige Flächen in der Innenstadt beschränken soll. Hierzu wurden im Konzept verschiedene Suchräume überprüft und bewertet. Die in der Planzeichnung des IN 250 festgesetzten Flächen für die ausnahmsweise Zulässigkeit sind das Ergebnis dieser Bewertung.

Die Festsetzungen zu Freizeitcentern werden ebenfalls klarstellend geändert. Sie sind nur in Kerngebieten und dort nur ausnahmsweise zulässig. Dies gilt sowohl für in Bebauungsplänen festgesetzten Kerngebieten des Bereiches A als auch für Gebiete des Bereiches B, die von ihrer baulichen Nutzung denen eines Kerngebietes im Sinne des § 7 BauNVO entsprechen. In allen anderen Baugebieten sind sie unzulässig.

Werden Bebauungspläne, die im Bebauungsplan IN 250 unter Ziff. I.1 als rechtskräftig aufgeführt sind, aufgehoben, so gelten die Festsetzungen des IN 250 zu Spielhallen, Wettbüros und Freizeitcentern in diesen Bereichen fort. Auch dieser Umstand wird in der vorliegenden Bebauungsplan- Änderung klarstellend ergänzt.

6 Gesamtabwägung

Die mit der vorliegenden Bebauungsplan-Änderung textlich verdeutlichte grundsätzliche Unzulässigkeit von Spielhallen und Wettbüros im Innenstadtbereich ist von städtebaulichem Interesse, da mit der Planung einer Abwertung von Geschäftslagen und einer Zerstörung funktionsfähiger Versorgungsstrukturen durch Spielhallen und Wettbüros (Trading-Down-Effekt) vorgebeugt wird. Darüber hinaus wird mit der Planung die Nutzungsvielfalt der Innenstadt gestärkt und das Wohnen geschützt.

Der Gesetzgeber hat zum Thema Spielhallen und Wettbüros in den letzten Jahren sehr restriktive Regelungen getroffen. Mit dem Glücksspielstaatsvertrag der Länder und dem Niedersächsischen Glücksspielgesetz erfolgten auf der Ebene des Gewerberechts Beschränkungen der Konzessionen. Korrespondierend mit diesen Regelungen schränkt die vorliegende Bebauungsplan- Änderung auf der Grundlage des vom Rat im Jahre 2012 beschlossenen „Steuerungskonzeptes Vergnügungsstätten“

das Nutzungsspektrum in der Innenstadt ein und unterbindet die Ansiedlung von Spielhallen- und Wettbüro- Nutzungen.

Im „Steuerungskonzept Vergnügungsstätten“ sind neben den ausnahmsweisen Zulässigkeitsbereichen in der Innenstadt auch im übrigen Stadtgebiet noch ausreichend Bereiche zur Ansiedlung von Spielhallen und Wettbüros vorgesehen, so dass der betroffenen Branche noch ein angemessener Raum zur Ausübung ihres Gewerbes belassen wird und dem Grundsatz der Gewerbefreiheit in angemessenem Maße Rechnung getragen wird.

7 Zusammenstellung wesentlicher Daten

Flächen	Flächengröße
Bereich A	ca. 63 ha
Bereich B	ca. 62 ha
Summe	ca. 125 ha

8 Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

Die Festsetzungen der Bebauungsplan-Änderung lösen keine baulichen Maßnahmen aus, so dass der Stadt Braunschweig im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan keine Kosten entstehen.

Von der Bebauungsplan-Änderung ist nur das zulässige Nutzungsspektrum betroffen. Wesentliche Wertminderungen können in der Folge nicht erkannt werden, so dass gemäß § 42 BauGB Entschädigungsansprüche nicht entstehen.

9 Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll

Bodenordnende und sonstige Maßnahmen sind nicht erforderlich.

10 Außer Kraft tretende Bebauungspläne, Beseitigung des Rechtsscheines unwirksamer Pläne

Die vorliegende Bebauungsplan-Änderung, IN 251, gilt für den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes, IN 250. Die bestehenden Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes, IN 250, gelten fort, soweit durch den IN 251 keine anderslautenden Festsetzungen getroffen werden.

Betreff:

Sanierung der Gleisanlagen in der Georg-Eckert-Straße

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

30.07.2019

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)	13.08.2019	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	04.09.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.09.2019	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.09.2019	Ö

Beschluss:

Die Erneuerung der Gleisanlagen der Braunschweiger Verkehrs-GmbH im Bereich der Georg-Eckert-Straße erfolgt bestandsnah in fester Bauweise im Abschnitt Bohlweg/Ackerhof und als Rasengleis im Abschnitt Ackerhof/Magnitorwall.

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz des Rates:

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 3 Satz 1 NKomVG. Der Rat hat in seiner Sitzung am 08.05.2012 folgenden Vorbehaltsbeschluss gefasst:
„Bei Neubauten oder grundlegenden Sanierungen von Stadtbahnstrecken mit eigenem Gleiskörper entscheidet der Rat in jedem Einzelfall darüber, ob die Strecke als Rasengleis, eingepflastert oder als Schottergleis ausgeführt wird. Vor der Entscheidung sind die Kosten und die Zuschussfähigkeit zu ermitteln.“

Anlass:

Vor ca. 11 Jahren wurde im Zusammenhang mit der Errichtung der Schlossarkaden auch der Stadtraum Georg-Eckert-Straße überplant und neu gestaltet. Die Gleisanlagen in der Georg-Eckert-Straße wurden auf dem besonderen Gleiskörper mit Betonsteinpflaster eingepflastert.

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) plant im Jahr 2020, die Gleisanlagen in der Georg-Eckert-Straße in bestandsnaher Lage zu sanieren.

Varianten:

Die Schienen liegen heute zwischen dem Bohlweg und dem Ackerhof unmittelbar auf der Tiefgarage Magni. Aus rein technischen Gründen ist unmittelbar auf der Tiefgarage eine Oberbauform als Rasengleis nicht sinnvoll. Auch eine Bauform als Schottergleis ist aufgrund der sehr schwierigen Entwässerung technisch nicht ratsam, sodass im Teilabschnitt zwischen dem Bohlweg und dem Ackerhof über der Tiefgarage technisch sinnvoll nur ein fester Oberflächenbelag in Frage kommt.
Anders stellt sich die Situation zwischen dem Ackerhof und der Stadtbahnhaltestelle Museumstraße dar. Hier liegen die Schienen auf einer Betonplatte. Grundsätzlich möglich wäre eine Schotterbauweise, die aus stadtgestalterischen Gründen in diesem Bereich nach Überzeugung der Verwaltung nicht angemessen ist. In diesem Teilabschnitt ist ein Rasengleis technisch möglich, wobei dafür die vorhandene Betonplatte, auf der die Schienen

heute befestigt sind, vollständig entfernt und durch eine neue Tragkonstruktion in Form von Streifenfundamenten für die jeweiligen Schienen ersetzt werden müsste. Ein Rasengleis wäre stadtklimatisch vorteilhaft und würde in geringem Maße auch eine zumindest subjektive Lärmreduzierung bewirken können (keine schallharte Reflexionsfläche). Als weitere Bauform in diesem Abschnitt ist auch eine bestandsnahe Wiederherstellung des vorhandenen Pflasterbelages vorstellbar.

Ein Pflasterbelag im Teilabschnitt zwischen Bohlweg und Ackerhof in Kombination mit einem Rasengleis zwischen Ackerhof und Magnitorwall würde zu investiven Mehrkosten und damit zu einer Belastung des städtischen Haushaltes in Höhe von 150.000 € (Angabe der BSVG) führen.

Im Bereich der Stadtbahnhaltestelle Museumstraße soll eine feste Gleiseindeckung realisiert werden, da im Bereich von Haltestellen nach Erfahrungen der BSVG der technisch notwendige Brems sand aus Rasenflächen nicht entfernt werden kann, was zu Streustromkorrosion führen kann.

Die BSVG schlägt vor, die vorhandene Gleiseindeckung durchgehend durch Betonsteinpflaster bestandsnah ohne Mehrkosten für die Stadt wiederherzustellen.

Vorschlag:

Die Verwaltung schlägt vor, der Planung der BSVG nur in Teilen zu folgen und die Gleise zwischen Bohlweg und Ackerhof in fester Bauweise herstellen zu lassen. Weiterhin wird vorgeschlagen im Abschnitt Ackerhof/Magnitorwall bis zur Haltestelle ein Rasengleis realisieren zu lassen und der BSVG die investiven Mehrkosten in Höhe von 150.000 € zu erstatten.

Finanzierung:

Haushaltsmittel für eine Finanzierung eines Rasengleises im Teilabschnitt zwischen Ackerhof und Magnitorwall in Höhe von 150.000 € werden zum Haushalt 2020 innerhalb des Budgets des FB 66 eingeplant. Es ist beabsichtigt der BSVG in 2020 einen Baukostenzuschuss in Höhe von 150.000 € zu gewähren.

Die Mehrunterhaltungskosten in Höhe von ca. 5.300 €/Jahr (Angabe BSVG) werden von der BSVG getragen.

.

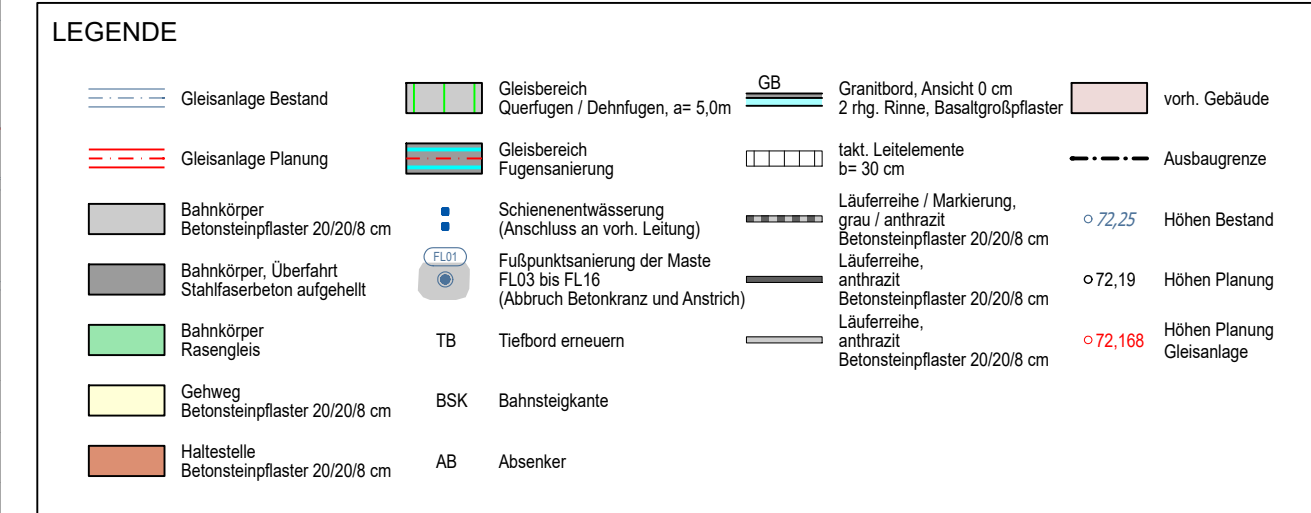
Leuer

Anlagen:

Anlage 1: Lageplan Haltestelle Georg-Eckert-Straße

Anlage 2: Lageplan Haltestelle Museumstraße

 The diagram shows a single neuron. It has a horizontal input line on the left, a central cell body (soma) with a nucleus, and a horizontal output line on the right. The input line is labeled 'input' and the output line is labeled 'output'.



M 1:250

Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Braunschweiger Verkehrs-GmbH | Am Hauptbahnhof 28 | 38126 Braunschweig | Telefon: 0531/5853-0



Ihre
Braunschweiger
Verkehrs-GmbH

aufgestellt:

BPR Dipl.-Ing. Bernd F. Künne & Partner
Beratende Ingenieure mbH

BPR

Postfachleite 46a | 38444 Wolfsburg | 05361 845684 | info@bpr-wolfsburg.de

Datum	Name
12.2016	ALA
12.2018	MB
28.01.19	Pist
geprüft	
Maßstab	1:250
Plangröße	132,0 x 59,4/0,764m²

Lageplan	VORABZUG	Projekt Nr.	2714
Haltestelle Georg-Eckert-Straße		Anlage Nr.	5
Ausführungsplanung		Blatt Nr.	1

Betreff:

Ergänzende Maßnahmen zur Sanierung der Gleisanlagen in der Georg-Eckert-Straße

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

05.08.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)
Planungs- und Umweltausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

13.08.2019
04.09.2019

Status

Ö
Ö

Beschluss:

„Der Verbreiterung der im Folgenden beschriebenen Aufstellfläche wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Planungs- und Umweltausschusses ergibt sich aus § 76 (3) Satz 1 NKomVG in Verbindung mit § 6 Ziff. 4 lit. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Entscheidung über die Planung der Verbreiterung der Aufstellfläche in der Georg-Eckert-Straße um einen Beschluss über eine Planung in einer Straße, deren Bedeutung durch die Funktion in der Erschließung der Innenstadt wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht und für die damit der Planungs- und Umweltausschuss beschlusszuständig ist.

Anlass

Mit der Ratsvorlage DS 19-10091 wird die Entscheidung über die Art des Gleisoberbaus in der Georg-Eckert-Straße eingeholt. Unabhängig vom Gleisoberbau plant die Verwaltung, ergänzend zu den Gleissanierungsarbeiten der Verkehrs-GmbH an der Einmündung Ackerhof die Aufstellfläche zwischen den Gleisen und der stadtauswärtigen Fahrbahn zu verbreitern. In diesem Bereich wird die linke Fahrspur nicht mehr benötigt, da in diesem Bereich seit der Einrichtung der Wendemöglichkeit für Kraftfahrzeuge vor der Einmündung nur noch eine Geradeausfahrspur vorhanden ist.

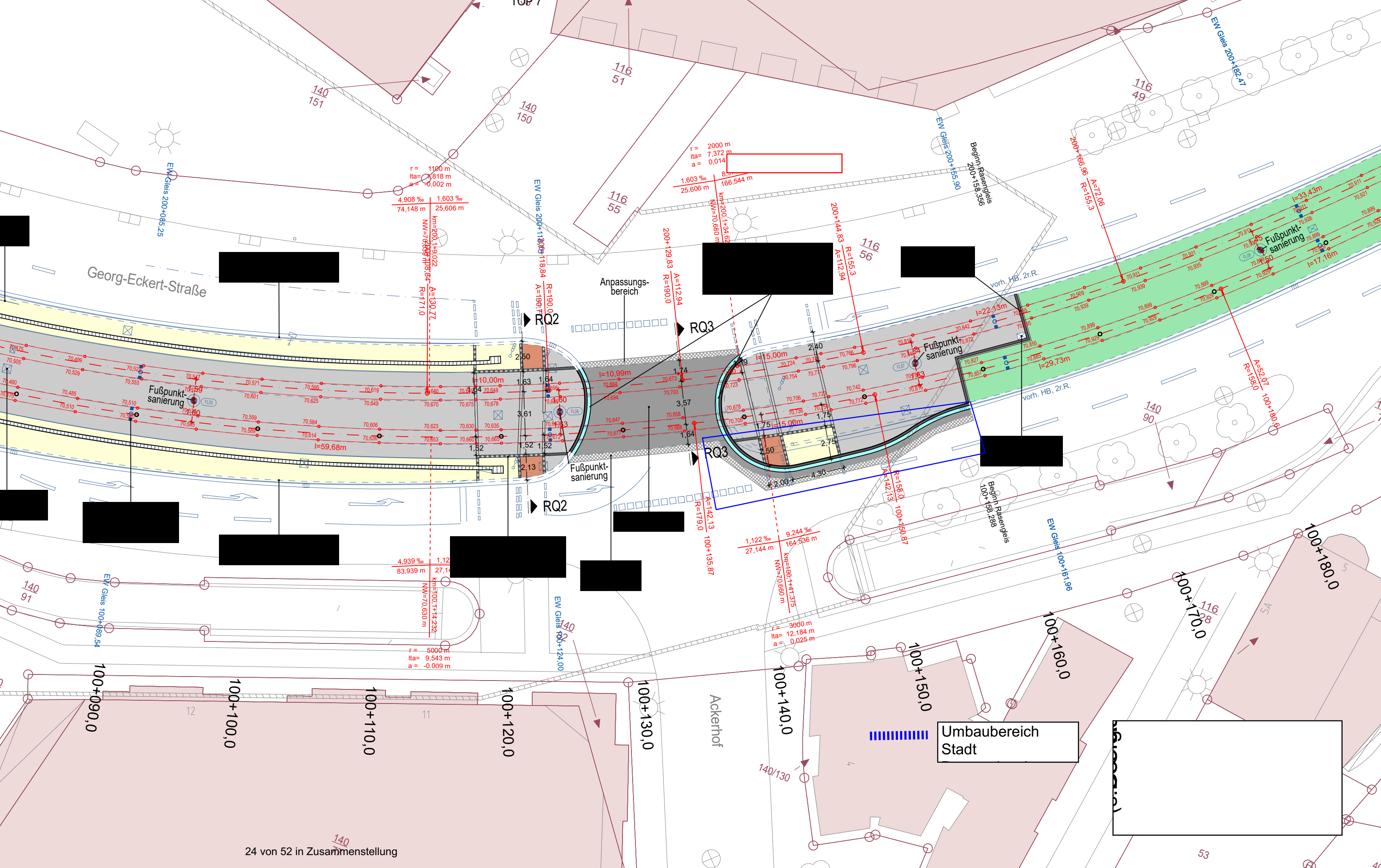
Finanzierung

Die Kostenschätzung beträgt ca. 15.000 €.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen unter dem PSP-Element/Maßnahmennummer 5S.66017 (Stadtbahnbau /Folgemaßnahmen) zur Verfügung.

Hornung

Anlage/n: Lageplan



Betreff:

**Veränderungssperre "Örtliche Bauvorschrift zur Gestaltung von Werbeanlagen in der Braunschweiger Innenstadt", IN 229 Stadtgebiet innerhalb des Wallrings
Satzungsbeschluss**

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

02.08.2019

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Status

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof (Anhörung)
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

13.08.2019
28.08.2019
04.09.2019
10.09.2019
17.09.2019

Ö
Ö
Ö
N
Ö

Beschluss:

"Für das im Betreff bezeichnete Stadtgebiet, das in Anlage 2 dargestellt ist, wird gemäß §§ 14 ff. Baugesetzbuch (BauGB) die als Anlage beigefügte Veränderungssperre für zwei Jahre als Satzung beschlossen."

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Zuständigkeit des Rates für den Satzungsbeschluss ergibt sich aus § 58 (1) Nr. 5 NKomVG.

Begründung

Der Verwaltungsausschuss hat am 25. September 2018 die Aufstellung der Örtlichen Bauvorschrift (ÖBV) zur Gestaltung von Werbeanlagen in der Braunschweiger Innenstadt, IN 229, beschlossen. Mit der ÖBV soll künftig ein grober Rahmen für die Gestaltung von Werbeanlagen definiert werden, um die hohe Gestalt- und Aufenthaltsqualität der Innenstadt erhalten zu können. Die Werbeanlagen sollen in ihrer Gestaltung Bezug zum Stadtbild nehmen und sich in die Architektur und Fassadengliederung der jeweiligen Gebäude einfügen.

Bei der Erarbeitung der Bauvorschrift sollen auch die Ansprüche der Gewerbetreibenden berücksichtigt und mit eingebunden werden, so dass damit ein erhöhter Abstimmungsaufwand verbunden ist.

Bauanträge für die Anbringung oder Änderung von Werbeanlagen, die den Planungszielen widersprechen, können aber auf der Grundlage dieses Aufstellungsbeschlusses nur für die Dauer eines Jahres zurückgestellt werden. Aufgrund des erhöhten Abstimmungsaufwandes ist absehbar, dass das Verfahren zur Aufstellung der ÖBV länger als ein Jahr dauert. Aus diesem Grund sollen die Planungsziele bis zur endgültigen Beschlussfassung durch eine Veränderungssperre nach § 14 BauGB gesichert werden. Die rechtliche Grundlage hierfür bildet § 84 (4) NBauO, wonach für Örtliche Bauvorschriften die Vorschriften für das Verfahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen einschließlich der Vorschriften über die Veränderungssperre gelten.

Die Veränderungssperre ist auf die Errichtung von Werbeanlagen und/oder Änderung bestehender Werbeanlagen beschränkt. So wird vermieden, dass für jegliches bauliche Vorhaben die Erteilung einer Ausnahme erforderlich wird. Für von der Veränderungssperre erfasste Werbeanlagen, die den Planungszielen entsprechen, kann eine Ausnahme von der Veränderungssperre erteilt werden.

Empfehlung

Die Verwaltung empfiehlt, die Veränderungssperre „Örtliche Bauvorschrift zur Gestaltung von Werbeanlagen in der Braunschweiger Innenstadt“, IN 229, als Satzung zu beschließen.

Hornung

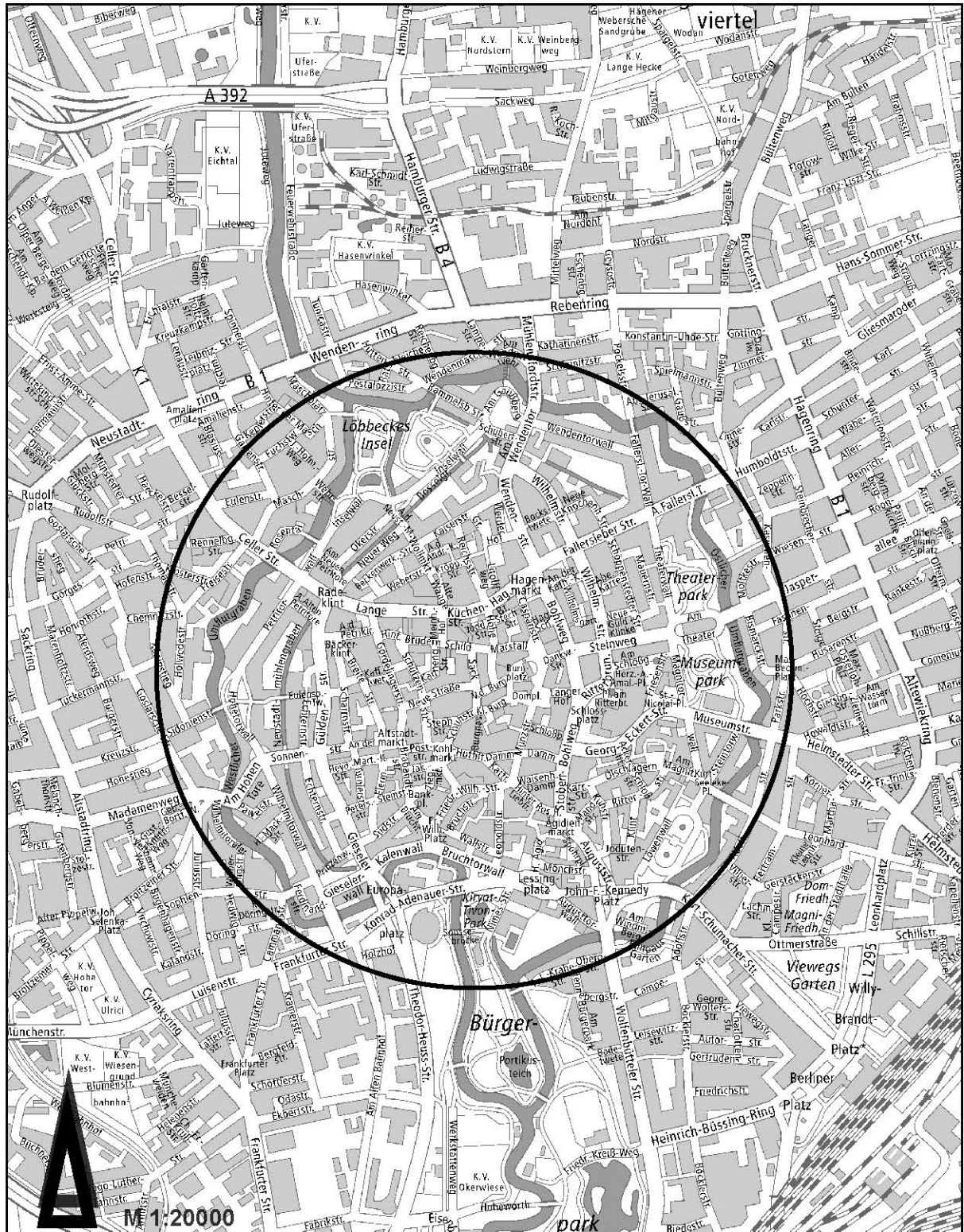
Anlage/n:

Anlage 1: Übersichtskarte

Anlage 2: Satzung einschl. Geltungsbereich der Veränderungssperre

Anlage zur Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für die Örtliche Bauvorschrift zur Gestaltung von Werbeanlagen in der Braunschweiger Innenstadt, IN 229

Übersichtskarte



Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre vom
für die Örtliche Bauvorschrift
zur Gestaltung von Werbeanlagen in der Braunschweiger Innenstadt IN 229

Aufgrund des § 84 Abs. 4 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 3. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. September 2018 (Nds. GVBl. S. 190, 253) in Verbindung mit § 14 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) sowie in Verbindung mit §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 27. März 2019 (Nds. GVBl. S. 70), hat der Rat der Stadt Braunschweig am diese Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

Stand Rechtsgrundlagen: 10. April 2019

- | | |
|---|---|
| <p>§ 1 Für das in § 2 näher bezeichnete Gebiet hat der Verwaltungsausschuss der Stadt in seiner Sitzung am 25.09.2018 die Aufstellung einer Örtlichen Bauvorschrift beschlossen. Zur Sicherung der Planung wird für den künftigen Planbereich eine Veränderungssperre angeordnet.</p> <p>§ 2 Von der Veränderungssperre ist das Stadtgebiet innerhalb des Wallrings betroffen.</p> <p style="padding-left: 40px;">Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieser Satzung bildet, schwarz umrandet.</p> <p>§ 3 In dem von der Veränderungssperre betroffenen Gebiet dürfen, soweit es sich um die Errichtung von Werbeanlagen und/ oder die Änderung bestehender Werbeanlagen handelt, Vorhaben im Sinne des § 29 Baugesetzbuch nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden.</p> | <p>§ 4 Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Stadt Braunschweig.</p> <p>§ 5 Werbeanlagen, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Werbeanlagen, von denen die Stadt Braunschweig nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten werden von der Veränderungssperre nicht berührt.</p> <p>§ 6 Die Satzung tritt am Tage der Bekanntmachung im Amtsblatt für die Stadt Braunschweig in Kraft.</p> <p style="padding-left: 40px;">Die Geltungsdauer beträgt zwei Jahre.</p> |
|---|---|

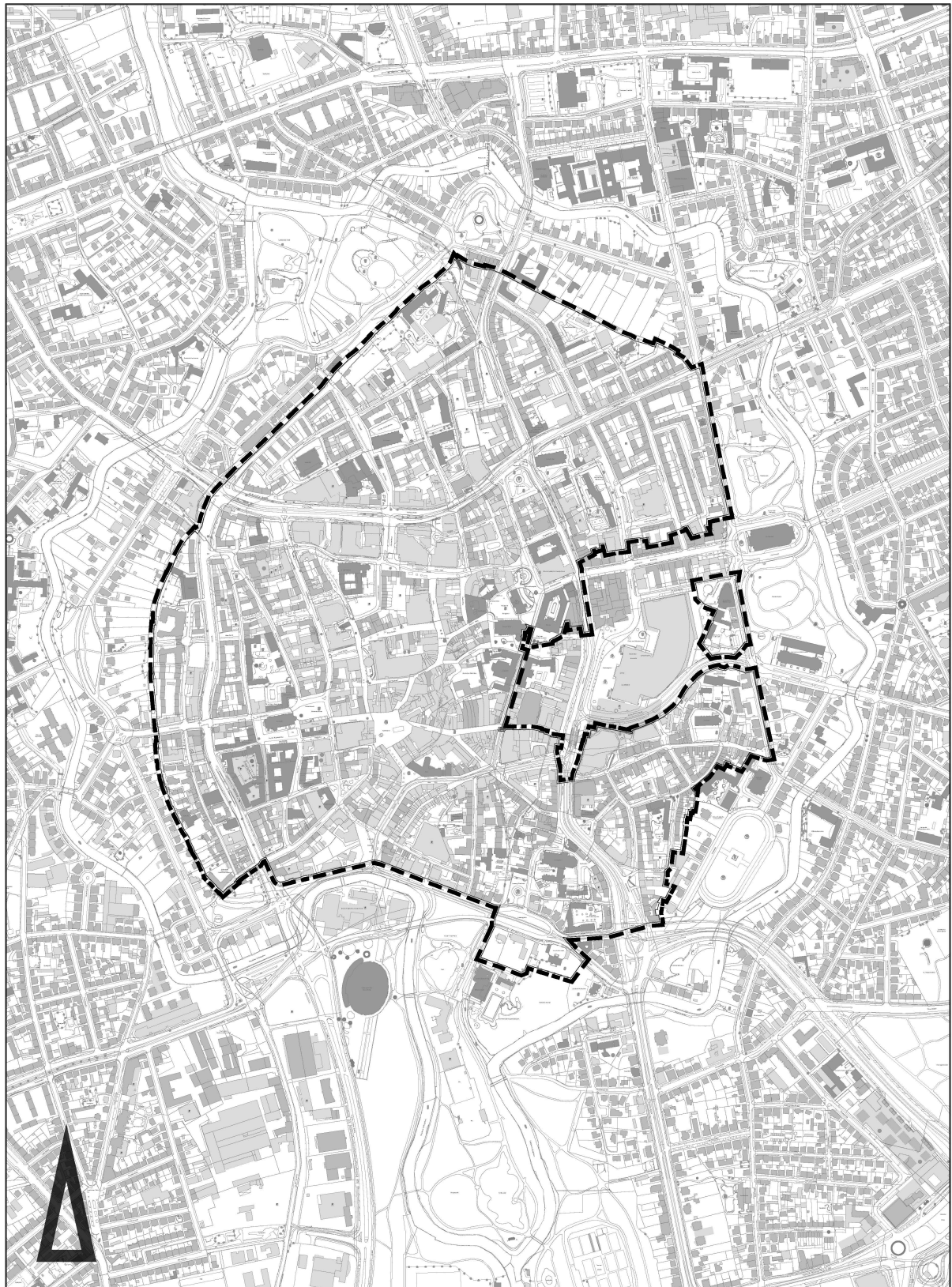
Braunschweig,

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

I. V. Leuer
Stadtbaurat

Anlage zur Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für die Örtliche Bauvorschrift zur Gestaltung von Werbeanlagen in der Braunschweiger Innenstadt, IN 229

Geltungsbereich



Stadtgrundkarte ¹⁾ der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte ²⁾

¹⁾ © Stadt Braunschweig Abteilung GeoInformation

²⁾ ©  **LGLN** Landesamt für GeoInformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig Wolfburg

Betreff:

Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

05.08.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)	13.08.2019	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Anhörung)	20.08.2019	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Heidberg-Melverode (Anhörung)	21.08.2019	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Anhörung)	22.08.2019	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Anhörung)	27.08.2019	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	28.08.2019	Ö
Bauausschuss (Entscheidung)	03.09.2019	Ö

Beschluss:

„Die Widmungen der in der Anlage 1 bezeichneten Straßen sind zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.“

Sachverhalt

Die Beschlusskompetenz des Bauausschusses ergibt sich aus § 76 Abs. 3 S. 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 2 c der Hauptsatzung. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Widmung von Straßen um eine Angelegenheit, für die der Bauausschuss beschlusszuständig ist.

Nach § 6 Abs. 1 Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) vom 24. September 1980 in der zurzeit gültigen Fassung in Verbindung mit den hierzu erlassenen Richtlinien vom 15. Januar 1992 hat der Träger der Straßenbaulast die Widmung von Straßen zu verfügen. In der Widmungsverfügung ist anzugeben, zu welcher Straßengruppe eine Verkehrsfläche gehört und auf welche Benutzungsart oder Benutzerkreise sie beschränkt werden soll.

Die in der Anlage 1 aufgeführten Straßen sind entweder erstmalig hergestellt worden und werden für den öffentlichen Verkehr gewidmet oder die Widmung wird entsprechend der verkehrlichen Bedeutung angepasst.

Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Braunschweig.

In der Anlage 2 sind die zur Widmung beabsichtigten Flächen mit farbiger Schraffur kenntlich gemacht.

Der Text für die Veröffentlichung durch zweiwöchigen Aushang am Rathaus (Hauptportal, Platz der Deutschen Einheit 1) ist als Anlage 3 beigefügt. Ein Hinweis auf die Tatsache, den Ort und die Dauer dieses Aushanges wird in der Braunschweiger Zeitung erfolgen.

Hornung

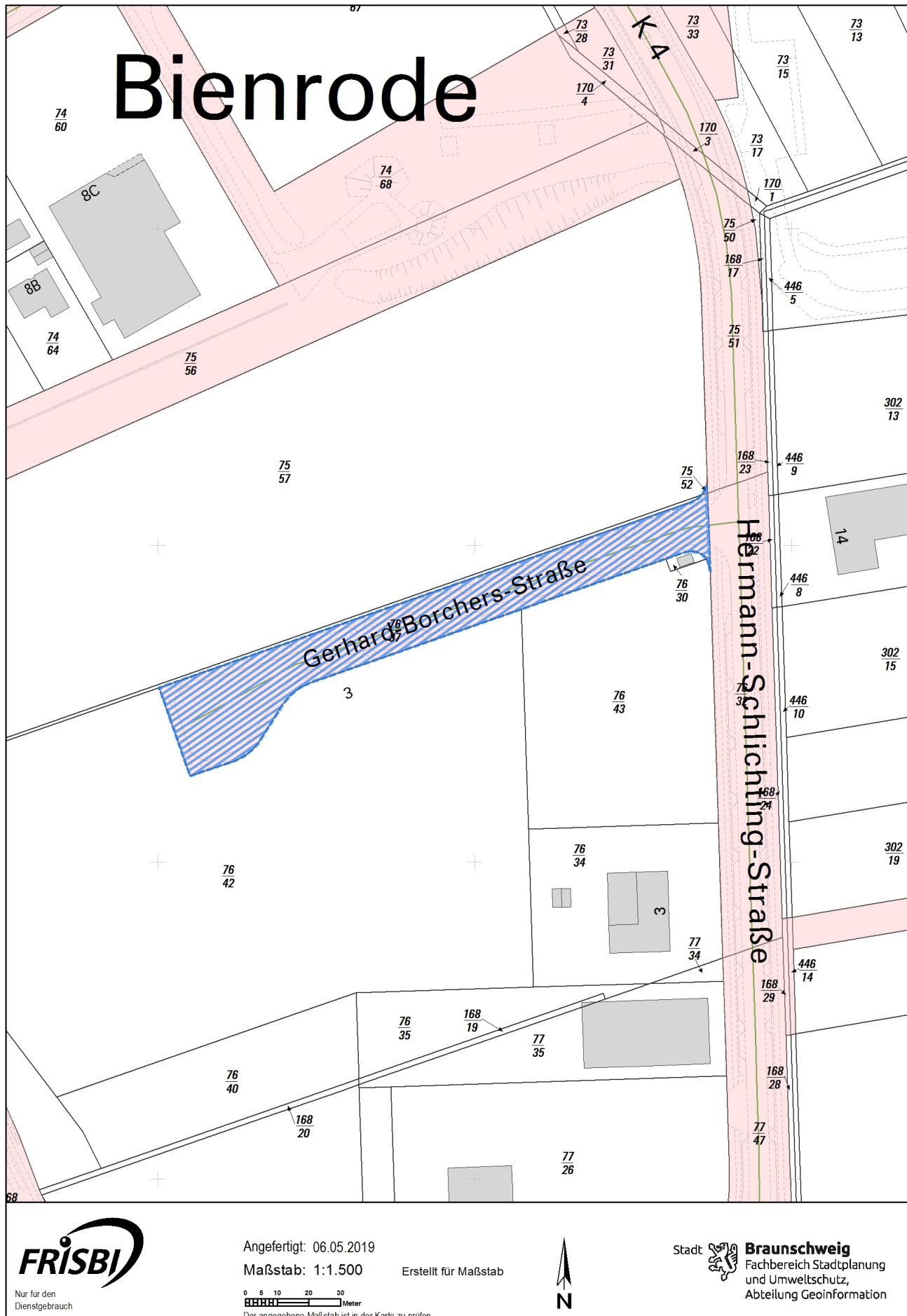
Anlage/n:

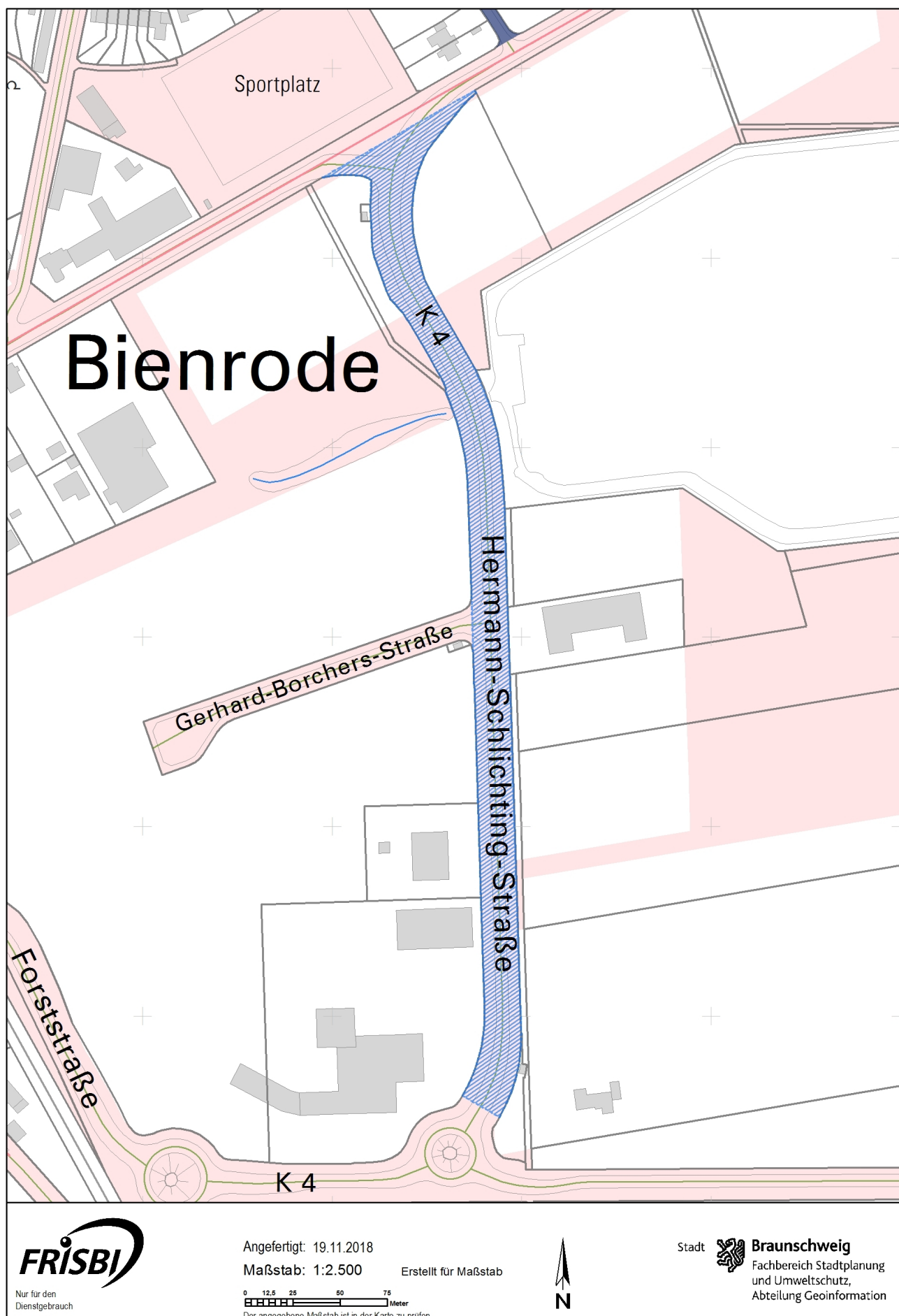
Anlage 1: Tabelle Widmungen

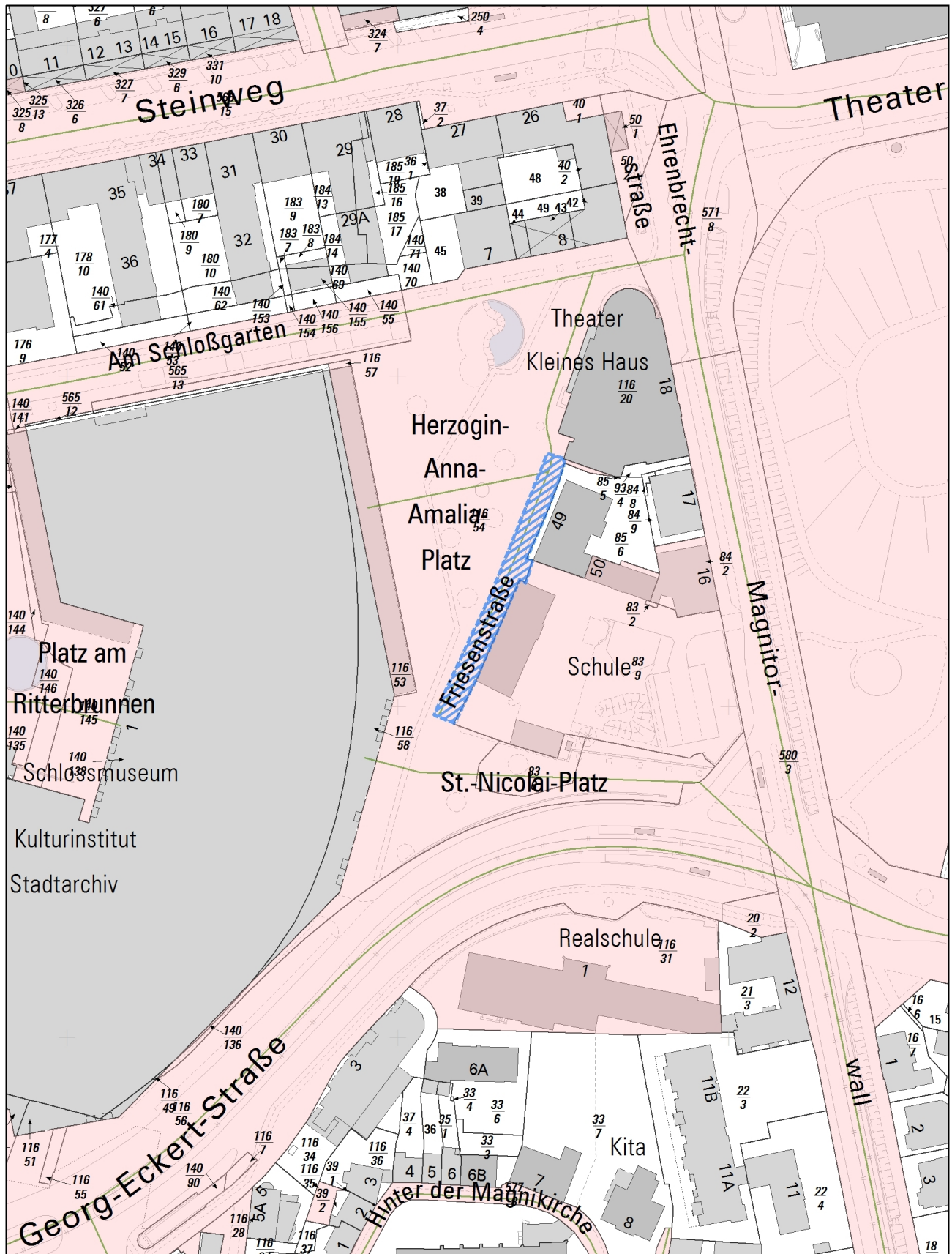
Anlage 2: Pläne

Anlage 3: Aushang (Öffentliche Bekanntmachung)

Lfd. Nr.	StBezR	Bezeichnung, Name der Straße	Anfangs- / Endpunkt	Länge / m	Straßengruppe	Beschränkungen	Bemerkung	Stadtbezirks- ratssitzung
1	112	Gerhard-Borchers-Straße	Hermann-Schlichting-Straße / Wendehammer	170	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan	28.08.2019
2	112	Hermann-Schlichting-Straße	Waggumer Straße / Hermann-Blenk-Straße	562	Kreisstraße		Widmung nach B-Plan	28.08.2019
3	131	Friesenstraße	St.-Nicolai-Platz / südlich Theater Kleines Haus	80	Gemeindestraße	Gehweg, Radverkehr und Schulbusse frei, Zufahrt zu den Grundstücken frei	Korrektur der Widmung, bisher Gemeindestraße ohne Nutzungseinschränkung	13.08.2019
4	211	Am Meerberg	Am Meerberg 20, 21C / Am Meerberg 18, 19	26	Gemeindestraße	Geh- und Radweg	Widmung nach B-Plan	22.08.2019
5	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 52 / Greifswaldstraße 56	130	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan	21.08.2019
6	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 3 / Greifswaldstraße 75	390	Gemeindestraße	Gehweg	Korrektur der Widmung, bisher Gemeindestraße ohne Nutzungseinschränkung	21.08.2019
7	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 44 / Greifswaldstraße 48	35	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan	21.08.2019
8	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 14, 20 / Greifswaldstraße 18,24	66	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan	21.08.2019
9	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 26, 34 / Greifswaldstraße 32, 38	75	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan	21.08.2019
10	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 2, 8 / Greifswaldstraße 12	59	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan	21.08.2019
11	213	Elsa-Neumann-Straße	Blochmannstraße 1 / Elsa-Neumann-Straße 16, 17	690	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan	27.08.2019
12	213	Stichweg Elsa-Neumann- Straße	Elsa-Neumann-Straße 8A und 9 / Elsa-Neumann- Straße 10	35	Gemeindestraße	Geh- und Radweg, Zufahrt zu Haus- Nr. 9 frei	Widmung nach B-Plan	27.08.2019
13	224	Lautenthalstraße	Lautenthalstraße 11, 12 / Thiedestraße 30A		Gemeindestraße		Widmung nach Bestand	20.08.2019





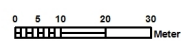


Nur für den
Dienstgebrauch

Angefertigt: 04.04.2019

Maßstab: 1:1.500

Erstellt für Maßstab



Der angegebene Maßstab ist in der Karte zu prüfen

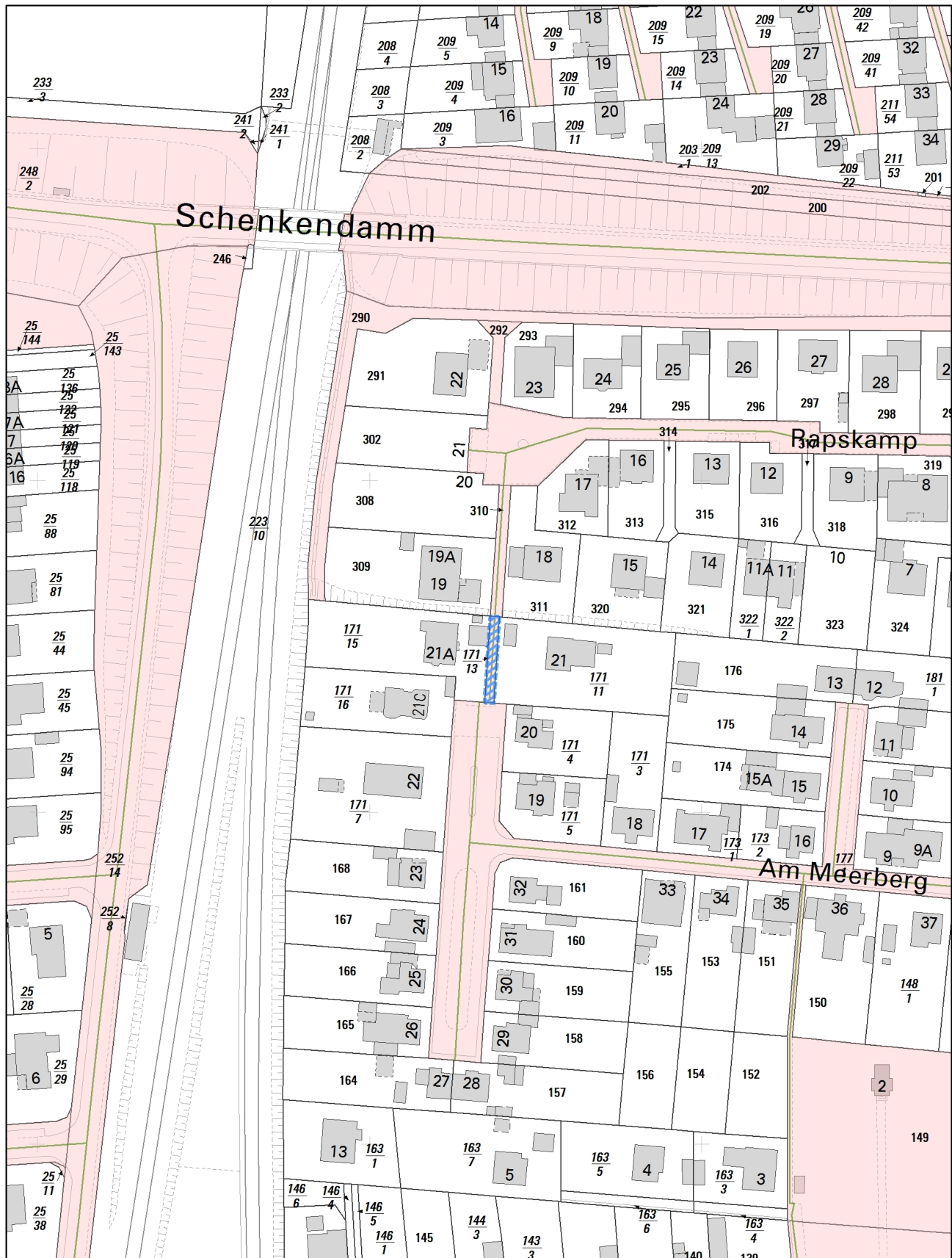


Stadt



Braunschweig

Fachbereich Stadtplanung
und Umweltschutz,
Abteilung Geoinformation

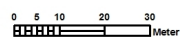


Nur für den
Dienstgebrauch

Angefertigt: 25.04.2019

Maßstab: 1:1.500

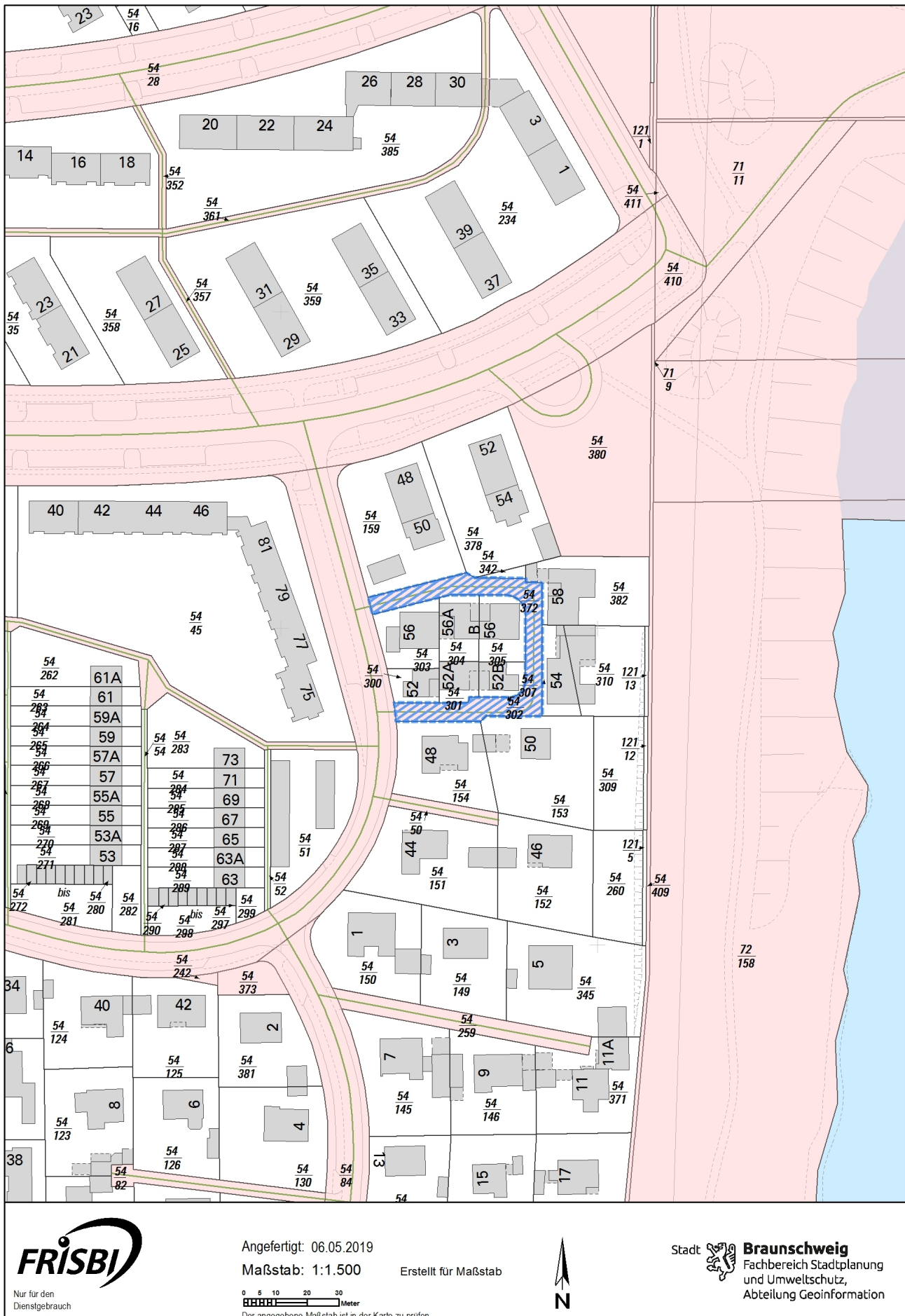
Erstellt für Maßstab

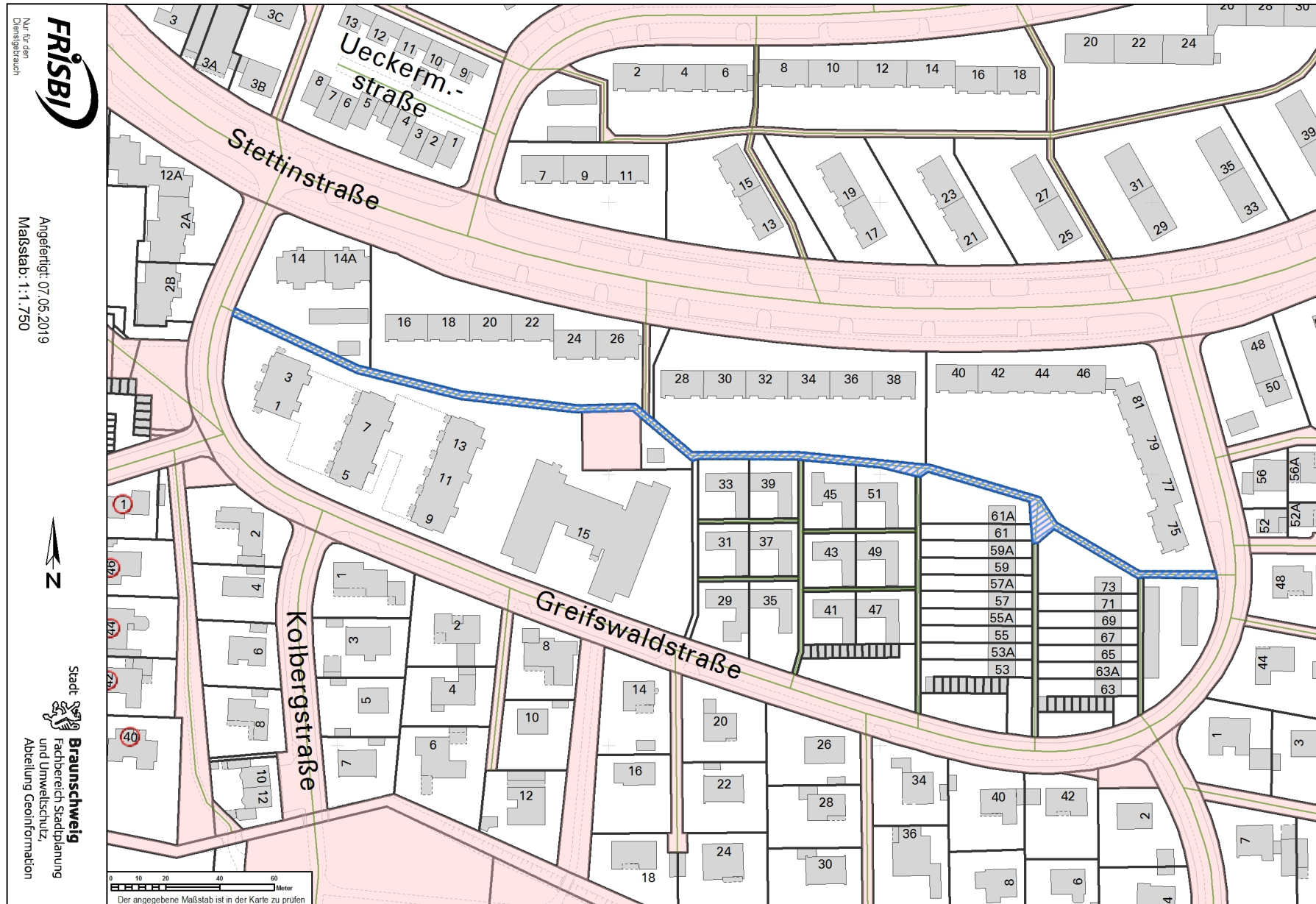


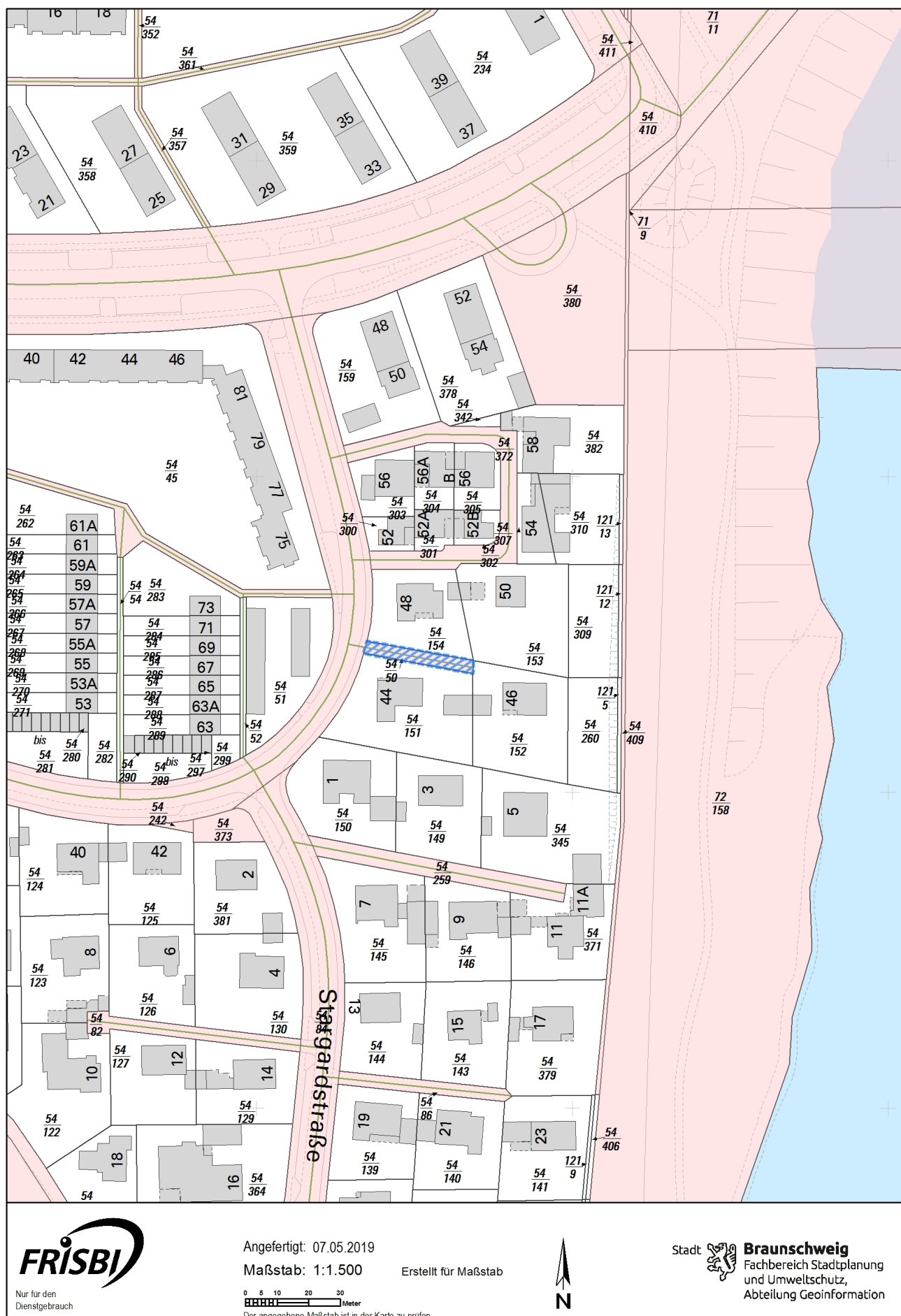
Der angegebene Maßstab ist in der Karte zu prüfen

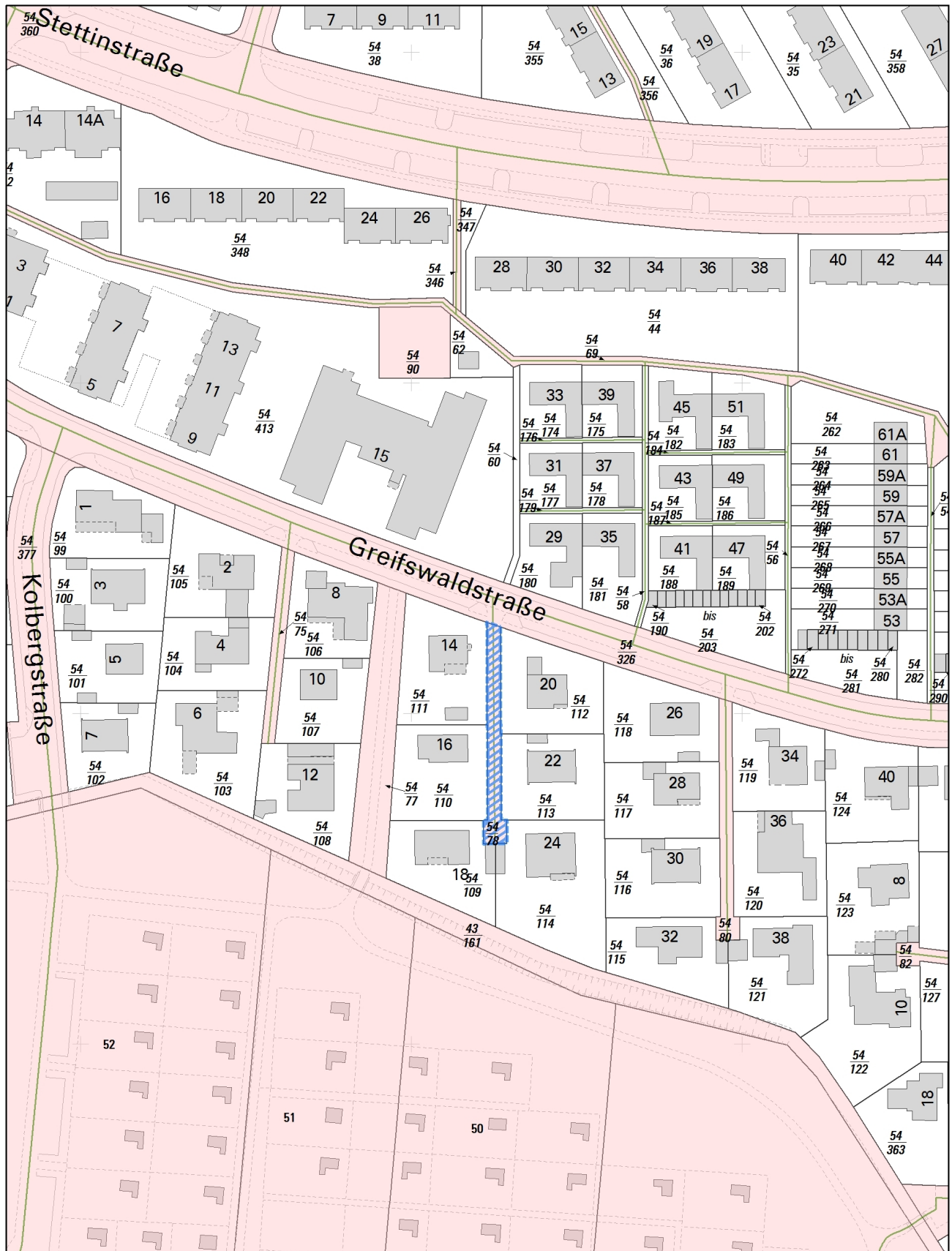


Stadt  **Braunschweig**
Fachbereich Stadtplanung
und Umweltschutz,
Abteilung Geoinformation







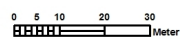


Nur für den
Dienstgebrauch

Angefertigt: 07.05.2019

Maßstab: 1:1.500

Erstellt für Maßstab



Der angegebene Maßstab ist in der Karte zu prüfen

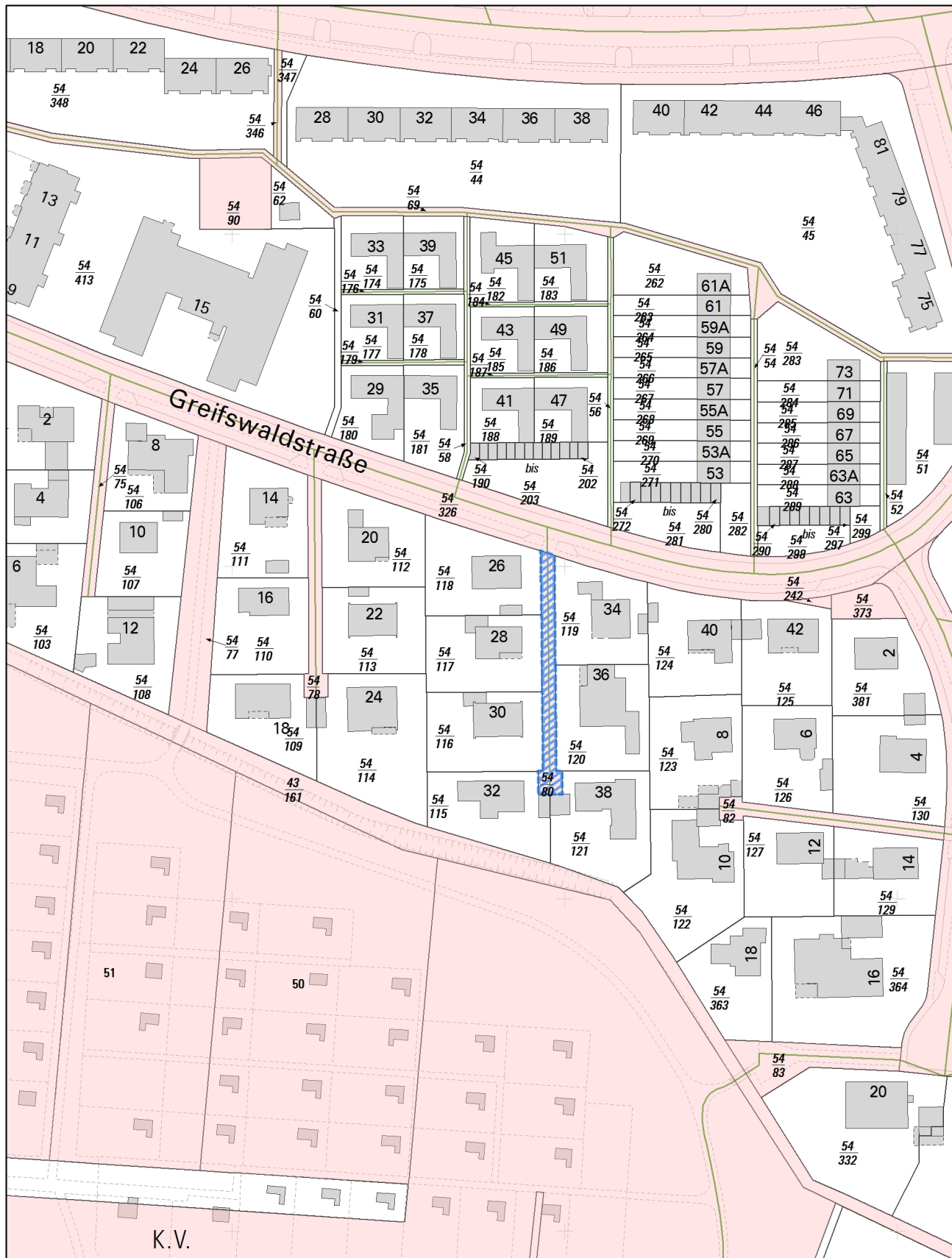


Stadt



Braunschweig

Fachbereich Stadtplanung
und Umweltschutz,
Abteilung Geoinformation

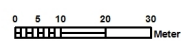


Nur für den
Dienstgebrauch

Angefertigt: 07.05.2019

Maßstab: 1:1.500

Erstellt für Maßstab



Der angegebene Maßstab ist in der Karte zu prüfen

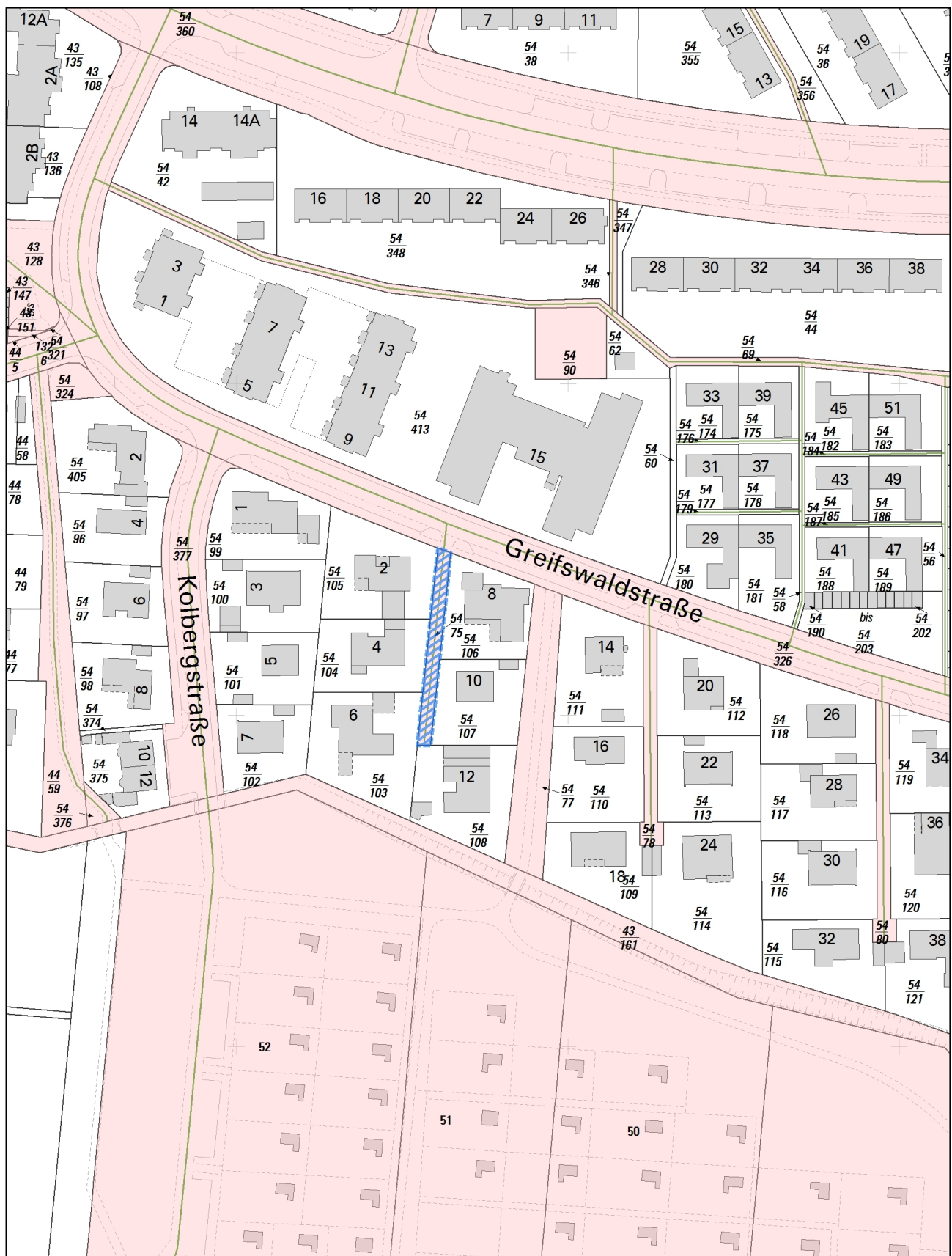


Stadt



Braunschweig

Fachbereich Stadtplanung
und Umweltschutz,
Abteilung Geoinformation

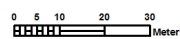


Nur für den
Dienstgebrauch

Angefertigt: 07.05.2019

Maßstab: 1:1.500

Erstellt für Maßstab



Der angegebene Maßstab ist in der Karte zu prüfen

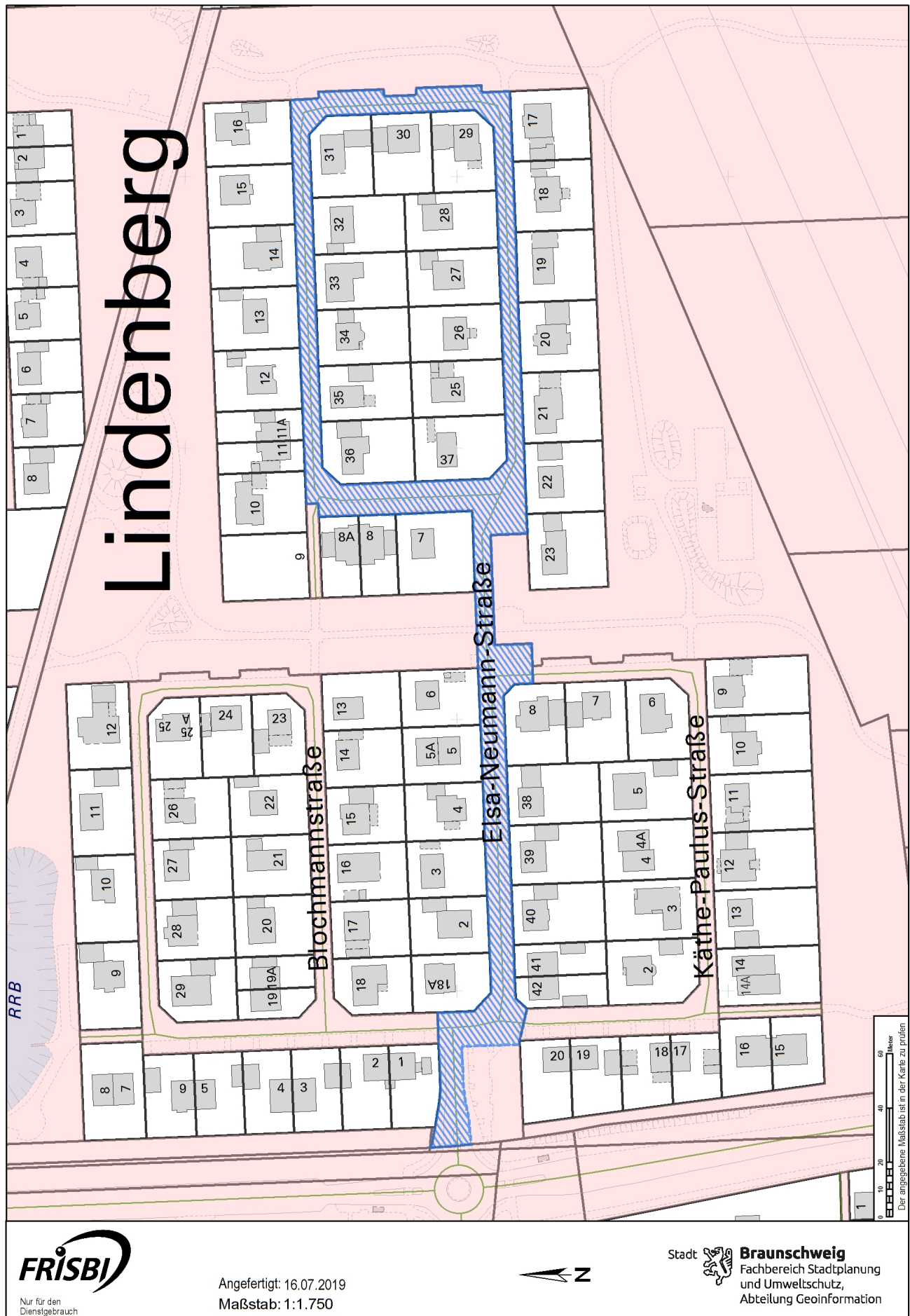


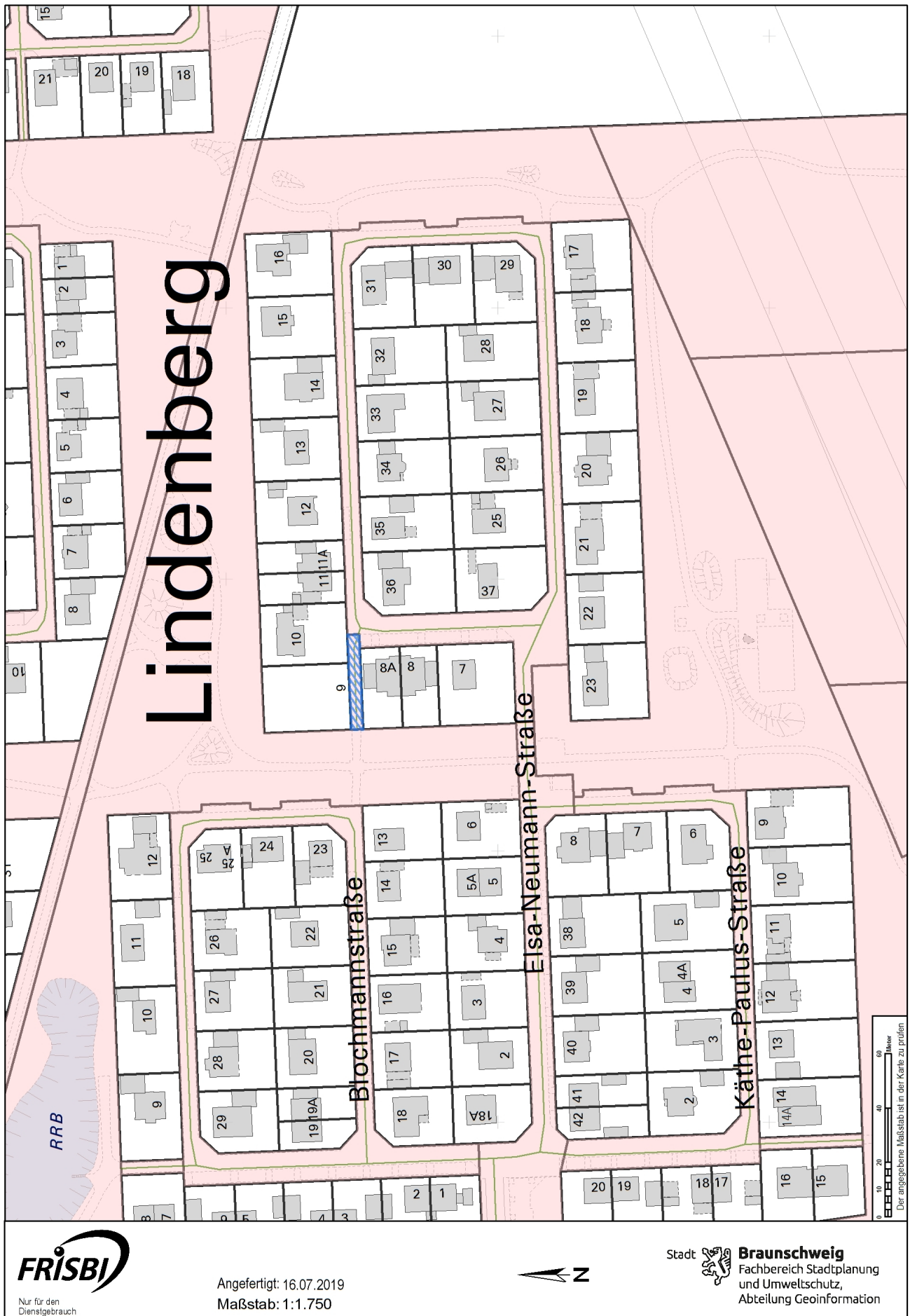
Stadt



Braunschweig

Fachbereich Stadtplanung
und Umweltschutz,
Abteilung Geoinformation







Öffentliche Bekanntmachung

Widmung gemäß § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes

Die in der Stadt Braunschweig nachfolgend genannten Straßen werden mit sofortiger Wirkung zu Gemeindestraßen mit den genannten Einschränkungen für den Benutzerkreis oder die Benutzungsart gewidmet.
Trägerin der Straßenbaulast ist die Stadt Braunschweig.

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig, Wilhelmstraße 55, 38100 Braunschweig erhoben werden.

Lfd. Nr.	StBezR	Bezeichnung, Name der Straße	Anfangs- / Endpunkt	Länge / m	Straßengruppe	Beschränkungen	Bemerkung
1	112	Gerhard-Borchers-Straße	Hermann-Schlichting-Straße / Wendehammer	170	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan
2	112	Hermann-Schlichting-Straße	Waggumer Straße / Hermann-Blenk-Straße	562	Kreisstraße		Widmung nach B-Plan
3	131	Friesenstraße	St.-Nicolai-Platz / südlich Theater Kleines Haus	80	Gemeindestraße	Gehweg, Radverkehr und Schulbusse frei, Zufahrt zu den Grundstücken frei	Korrektur der Widmung, bisher Gemeindestr. ohne Nutzungseinschränkung
4	211	Am Meerberg	Am Meerberg 20, 21C / Am Meerberg 18, 19	26	Gemeindestraße	Geh- und Radweg	Widmung nach B-Plan
5	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 52 / Greifswaldstraße 56	130	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan
6	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 3 / Greifswaldstraße 75	390	Gemeindestraße	Gehweg	Korrektur der Widmung, bisher Gemeindestr. ohne Nutzungseinschränkung
7	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 44 / Greifswaldstraße 48	35	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan
8	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 14, 20 / Greifswaldstraße 18, 24	66	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan
9	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 26, 34 / Greifswaldstraße 32, 38	75	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan
10	212	Greifswaldstraße	Greifswaldstraße 2, 8 / Greifswaldstraße 12	59	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan
11	213	Elsa-Neumann-Straße	Blochmannstraße 1 / Elsa-Neumann-Straße 16, 17	690	Gemeindestraße		Widmung nach B-Plan
12	213	Stichweg Elsa-Neumann-Straße	Elsa-Neumann-Straße 8A und 9 / Elsa-Neumann-Straße 10	35	Gemeindestraße	Geh- und Radweg, Zufahrt zu Haus- Nr. 9 frei	Widmung nach B-Plan
13	224	Lautenthalstraße	Lautenthalstraße 11, 12 / Thiedestraße 30A		Gemeindestraße		Widmung nach Bestand

Stadt Braunschweig
Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Absender:

**Brakel, Philip / SPD-Fraktion im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 14.1
19-11102
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Aufstellung der "Heinrichsmauer"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.06.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

13.08.2019

Status

Ö

Bei einem Bauvorhaben an der Wendenstraße im Jahr 2011 wurde ein archäologischer Fund eines Stadtmauerfundaments gemacht. Zur Vereinfachung wird in dieser Anfrage mit dem Begriff „Heinrichsmauer“ gearbeitet.

Derzeit befinden sich die Reste des gefundenen Stadtmauerfundamentes auf einem städtischen Bauhof.

Diese Mauerreste gehören zum historischen Erbe Braunschweigs und sollten für die geschichtliche Bildung der Einwohner und als Anziehungspunkt für Touristen, unter wissenschaftlicher Betreuung in einer angemessenen Form präsentiert werden.

Der folgende Internetartikel (Stand: 25.05.2019, 16:23 Uhr);

<https://www.der-loewe.info/mittelalterliche-stadtmauer-wird-wieder-aufgebaut>

in dem bereits 2014 eine Wiederaufstellung angedacht war und der erneuten Absichtserklärung von 2018 gemäß Stellungnahme 18-09647-01 soll mit dieser Anfrage nun die Wiederaufstellung fokussiert vorangetrieben werden.

Die SPD im Stadtbezirksrat Innenstadt stellt dazu folgende Anfrage:

1. Wie weit ist eine angemessene Präsentation, unter Berücksichtigung von historischer Aufklärung und Herausarbeitung als touristischem Anziehungspunkt, der (hier sogenannten) „Heinrichsmauer“ fortgeschritten?
2. Welchen Ort gedenkt die Verwaltung für die dauerhafte Aufstellung der (hier sogenannten) „Heinrichsmauer“ in Betracht zu ziehen?
3. Hat die Verwaltung, unter Einbeziehung von möglicher finanzieller Unterstützung durch Stiftungen, bereits einen Kostenrahmen für die Umsetzung im Haushalt 2020 vorbereitet?

Anlagen:

keine

<i>Betreff:</i> Aufstellung der "Heinrichsmauer"
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 0610 Stadtbild und Denkmalpflege	<i>Datum:</i> 01.08.2019
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Kenntnis)	13.08.2019	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage des Stadtbezirksrates Innenstadt vom 03.06.2019 (19-11102) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Die Verwaltung prüft derzeit im Dialog mit dem Architekturbüro Kleineberg Varianten einer Präsentation, die in einem angemessenen Kostenrahmen stehen müssen. Von ersten Überlegungen, die weitergehend auch eine über den tatsächlichen Fund hinausgehende Rekonstruktion eines Stadtmauerfragments zum Ziel hatten, wurde Abstand genommen, da die Kosten nach Ansicht der Verwaltung unangemessen hoch gewesen wären.

Zu Frage 2:

Als Ort einer Präsentation ist nach wie vor der Bereich direkt nordwestlich der Jugendherberge vorgesehen, der sehr nahe am unmittelbarem Fundort liegt.

Zu Frage 3:

Zunächst ist die Planung zu überarbeiten, sowie im Anschluss der Kostenrahmen zu ermitteln, für den anschließend eine Finanzierung sicherzustellen ist.

Hornung

Anlage/n:
keine

Absender:

**Brakel, Philip / SPD-Fraktion im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 14.2
19-11137
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

erweiterte Nutzung des Parkhauses Magni

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.06.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

13.08.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

1. Woran scheiterte die Ausweitung der Nutzungszeit des Parkhauses Magni auf 24-Stunden gemäß Beschlussvorlage 2321/12?
2. Sind der Verwaltung Überlegungen bekannt, nach denen das Parkhaus Magni nachts und an Wochenenden für die Anwohner genutzt werden könnte?
3. Welche Maßnahmen müssten unternommen werden, um die PKW-Stellplätze entlang der Straßen des Magniviertels z. B. in das Parkhaus Magni zu verlagern?

Gez.

Philip Brakel

Anlagen:

keine

Betreff:

Erweiterte Nutzung des Parkhauses Magni

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

01.08.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

Sitzungstermin

13.08.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu der von der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 131 - Innenstadt - gestellten Anfrage nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1. und 2.:

Seit September 2013 ist die städtische Tiefgarage Magni 24 Stunden am Tag geöffnet.

Von 22:00 Uhr - 07:00 Uhr ist allerdings kein Personal in der Garage und die Rolltore an der Ein- und Ausfahrt sind geschlossen. Daher ist die Voraussetzung für die Nutzung nach 22:00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen ein gültiges Parkticket:

Für Anwohner und Vielparker wird seit 2013 vom Pächter eine aufladbare Parkkarte („Goldkarte“) angeboten, mit der eine Ein- und Ausfahrt rund um die Uhr möglich ist. Für Kurzzeitparker, die nach 22:00 Uhr ihr Auto aus der Garage fahren wollen, gibt es einen 24-Stunden-Eingang, welcher sich mit dem gewöhnlichen Kurzzeitparkerticket öffnen lässt.

Die in der Beschlussvorlage Drucksache 2321/12 erwähnten 60.000,- Euro Haushaltsmittel wurden in die Schrankenanlagen investiert, um den Kunden den gewünschten Zugang nach 22:00 Uhr (ohne Personal) zu ermöglichen. Eine zusätzliche Bereitstellung von Personal in der Tiefgarage zwischen 22:00 Uhr - 07:00 Uhr ist wirtschaftlich nicht darstellbar.

Die Ausweitung ist gut angenommen worden. Vor allem von Theaterbesuchern wird der 24-Stunden-Eingang regelmäßig genutzt. Ebenso wird von Anwohnern die aufladbare Parkkarte oder die Anmietung eines Anwohner-Stellplatzes in der Tiefgarage gerne angenommen.

Die Ausweitung der Nutzungszeiten ist nicht gescheitert. Ebenso ist die Nutzungsmöglichkeit der Tiefgarage durch Anwohner nachts und an Wochenenden umgesetzt worden.

Zu 3.:

Eine direkte Verlagerung der Parkplätze vom Straßenrand in die Tiefgarage ist nicht möglich. Grundsätzlich ist aber zu erwarten, dass dann, wenn weniger Parkplätze im Straßenraum zur Verfügung stehen, die Tiefgaragen stärker genutzt werden. Es würde aber auch Verlagerungen von parkenden Fahrzeugen in benachbarte Straßen und Quartiere geben. Eine Verringerung der Parkplatzzahl im Magniviertel könnte durch Beschilderung oder durch bauliche Veränderungen erreicht werden. Ob dies planerisches Ziel sein sollte, ist mit dieser Information ausdrücklich nicht gesagt.

Ein weiterer wesentlicher Einflussfaktor für das Parkverhalten sind die Kosten. Viele, aber noch nicht alle Parkplätze im Magniviertel sind gebührenpflichtig. In Braunschweig sind die Parkgebühren im Straßenraum bewusst höher als die Parkgebühren in den Parkhäusern.

Damit soll erreicht werden, dass vorrangig in Parkhäusern geparkt wird. Die Parkplätze im Straßenraum sollen insbesondere für Kurzzeitparker freigehalten werden. Deshalb ist auch die Höchstparkdauer im Straßenraum, nicht aber im Parkhaus, begrenzt.

Die Ausweitung der Nutzungszeiten in der Tiefgarage Magni war ein wichtiger Baustein für eine Verlagerung von parkenden Fahrzeugen aus dem Straßenraum in die Tiefgaragen.

Geiger

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Stühmeier, Gerrit / CDU-Fraktion im
Stadtbezirksrat 131**

TOP 14.3
19-10785
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Weiterentwicklung der westlichen Innenstadt - Welfenhof

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (zur Beantwortung)

22.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Nach der Fertigstellung des Konrad-Koch-Quartiers, der Aufnahme der Umbauarbeiten im Langerfeldt-Haus am Sack und den neuesten Informationen zur beabsichtigten Burggasse anstelle der Burgpassage hängt die zukunftsfähige Weiterentwicklung der westlichen Innenstadt im Straßenzug Welfenhof – Sack – Schuhstraße – Burgpassage – Hutfiltern von der Revitalisierung des teilweise leer stehenden Welfenhofes ab. Die Weiterentwicklung ist eine große Chance zur Steigerung der Attraktivität unserer Innenstadt – auch als Handelszentrum. Aus diesem Grund ist sie für die Braunschweiger und die Besucher aus der Region von besonderer Bedeutung. Gleichzeitig ist dieser städtebauliche Zusammenhang im oben genannten Straßenzug auch für Eigentümer, Investoren und Mieter untrennbar gegeben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Voraussetzungen sieht die Verwaltung zur Revitalisierung des Welfenhofes als notwendig an?
2. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Braunschweig (in Zusammenarbeit mit dem Eigentümer und dem Betreiber), zur Erfüllung dieser Voraussetzungen beizutragen, und welche zukünftige Gestaltung des Welfenhofes schwebt ihr dabei vor?
3. Wie beabsichtigt die Verwaltung diese Möglichkeiten zu nutzen und welche Zeitvorstellung verfolgt sie dabei?

Gerrit Stühmeier
CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 131

Anlagen:

keine